

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepostete Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verbands-
 und Veranlassungen 20 Pf. „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 2. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die Internationale.

Der Internationale Kongress in Paris hat am Donnerstagabend seine Arbeiten vollendet. Es war nicht das erste Mal, daß Paris, die Mutterstadt der Revolution, die Vertreter des internationalen Proletariats in seinen Mauern versammelt sah.

1889 wurde der erste internationale sozialistische Arbeiterkongress ebenfalls in Paris abgehalten. In Deutschland neigte die Herrschaft Bismarcks, der die Socialdemokratie durch brutale Ausnahmegesetze niederschlagen gedachte, seinem Ende zu. Trotz der Verfolgungen, denen die deutschen Socialisten ausgesetzt waren, gerade sie neben den Franzosen am stärksten vertreten, um dem Proletariat aller Länder ihre Solidarität zu bezeugen.

Die Bourgeoise Frankreichs feierte den Hundertjahr-Gedenktag ihrer Revolution, den Tag des Siegs der bürgerlichen Gesellschaft über die feudale. Aber die bürgerliche Freiheit und Gerechtigkeit ist nicht die Freiheit, nicht die Gerechtigkeit; erst das Klassenbewußte Proletariat wird diese erkämpfen müssen für die ganze Menschheit. Für dieses erhabene Ziel bildete der 1889er Kongress eine imposante Demonstration. Es war der Beginn einer neuen Ära, das organisierte Proletariat war bereits im politischen Leben der fortgeschrittenen Kulturländer ein Faktor geworden, mit dem zu rechnen war. Nicht mehr verhöhnt wurde es, nein gefürchtet und gefürchtet von seinen Gegnern. 1890 trat der Socialismus in eine neue Phase ein, die Kongresse von Brüssel, Paris und London bildeten weitere Etappen in seinem Siegeslauf.

Die internationalen Kongresse bieten große Schwierigkeiten. Die übergroße Mehrheit der Teilnehmer beherrschen nur eine Sprache, jede Rede, jede Geschäftsordnungs-Debatte muß in drei Sprachen überföhrt werden, desgleichen die Anträge und Resolutionen. Das erfordert nicht nur viel Zeit und Mühe, sondern es genügt auch bei der Uebersetzung die kleinste Ungenauigkeit, das geringste Mißverständnis, um die größte Verwirrung herbeizuföhren. In der Sprachenverwirrung kommt die Verschiedenheit der politischen und sozialen Verhältnisse der vertretenen Staaten.

Auf allen früheren Kongressen kamen außerdem noch hinzu die unliebsamen und unfruchtbaren Debatten mit den Anarchisten, die sich den Zugang zu erzwungen versuchten und jedesmal tagelange nutzlose Debatten heraufbeschworen. Durch die in London 1896 beschlossenen Zulassungsbedingungen war diese Störung bei dem jetzigen Kongress von vornherein ausgeschlossen.

Leggend mußte man dem Kongress doch mit einigem Vorang entgegensehen. Der „Fall Wilberand“ hatte einen tiefen Riß in die Reihen der französischen Parteigenossen gebracht und sie in zwei Lager gespalten. Die Voraussetzungen war, playten denn auch die Weisheit bei dem Punkt: „Eröberung der politischen Macht und die Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien“ am stärksten auf einander. Mit 29 gegen 9 Stimmen gelangte die Resolution Kautsky zur Annahme. Es war nach Nationen, denen hierbei je zwei Stimmen zugestanden waren, abgestimmt worden, um für diejenigen Nationen, deren Vertreter geteilter Ansicht sind, die Möglichkeit zu geben, daß beide Ansichten zum Ausdruck gelangen können.

Die Annahme von Guesdes, dessen Resolution „jede socialistische Teilnahme an den bürgerlichen Regierungen“ verbietet, ist also von der überwältigenden Mehrheit verworfen. Mit dieser Abstimmung behandelte die Mehrheit der Vertreter, daß sie die Frage des Eintritts eines Socialisten in ein bürgerliches Ministerium nicht als solche der Taktik auffaßt. Die Taktik aber, die eine politische Partei in einem gegebenen Augenblick zu befolgen hat, kann nur bestimmt werden von den politischen und sozialen Verhältnissen, die nach Zeit und Ländern ganz verschiedene sein können. Mit Recht wies ein deutscher Delegierter darauf hin, daß in Deutschland ein „Fall Wilberand“ wohl noch für lange Zeit nicht zu erwarten sei.

Der erbitterte Kampf, den die Franzosen mit dem ganzen Feuer ihres Temperaments, zum Teil fast mit der Leidenschaftlichkeit von Fanatikern auf dem Kongress geführt, war gewiß nicht geeignet, nach außen einen besonders günstigen Eindruck hervorzurufen. Jedoch: welche andre Partei könnte sich denn ein Gleiches leisten, ohne Gefahr zu laufen, vollständig auseinander zu fallen? Und die Debatten und Beschlüsse der Vertreter des internationalen Proletariats in einer Frage, die eigentlich nur eine französische Frage ist, werden auf die Dauer gewiß nicht ohne Einfluß auf unsere französischen Parteigenossen sein. Von mehr als einem Redner ist den Franzosen in eindringlicher und kerniger Sprache ans Herz gelegt worden, keine Meinungsverschiedenheiten hintanzusetzen, das große Gemeinwohl im Auge zu behalten — sich zu einigen.

Von dieser Streitfrage abgesehen, hat der Kongress fast alle Beschlüsse einstimmig gefaßt. Einstimmige Verurteilung fand vor allem die von allen Großmächten betriebene Weltpolitik und der mit ihr zusammenhängende Militarismus und Marinismus.

Der Arbeiterkongress hat sich so als ein Friedenskongress der That betraut. Zur selben Zeit, da die Kapitalisten der europäischen „Kulturnationen“ in den fremden Erdteilen Raubkriege führen, treten hier die Vertreter der arbeitenden Klasse zusammen, um gegen diese Weltpolitik zu protestieren. Unter rauschendem Beifall bekundeten Hyndman, Burrow und Curran, drei Engländer hintereinander, daß die organisierten Arbeiter Englands keinen Teil haben an der Politik der Chamberlain, daß sie protestieren gegen die Vernichtung fremder Volkstämme. Als eine ständige Gefahr für den Frieden und ein Hemmnis für die ruhige Weiterentwicklung der heutigen Gesellschaft wird der Militarismus erklärt und die Abschaffung der stehenden Heere gefordert.

Nur geringe Schwierigkeiten bereiteten die Punkte Raiffeier und Verkürzung der Arbeitszeit; hier brauchte man sich nur an die Beschlüsse der früheren Kongresse zu halten. Die Majorität wird in der getwohnten Weise unter den früher beschlossenen

Voraussetzungen begangen, der Achtstundentag ist das vorläufige Ziel des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Generalstreik wurde mit großer Majorität abgelehnt, als erstrebenswertes Ziel die Organisation der Massen hingestellt; nach deren Umfang und Festigkeit richten sich die Erfolge im Kampfe.

Die Trusts, Kartelle usw. hat der Kongress, gemäß den national ökonomischen Anschauungen der Socialdemokratie als die höhere Organisationsform der kapitalistischen Betriebe und deren Entwicklung für notwendig erklärt. Die prinzipielle Bekämpfung dieser wirtschaftlichen Gebilde durch die Gesetzgebung hat der Kongress, obwohl die schädlichen Tendenzen ihrer derzeitigen kapitalistischen Formen durchaus nicht verkannte, doch nicht zu empfehlen vermocht.

Zu den Voraussetzungen der Befreiung der Arbeit gehört nach den Beschlüssen des Kongresses vor allem, daß sich das Proletariat zum Klassenkampf organisiert. Als die anwendbaren Mittel bezeichnet der Kongress die politische Aktion, das allgemeine Stimmrecht und die Organisation der Arbeiterklasse in politischen Gruppen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Hilfslosen, Erziehungs- und Bildungsvereinen.

Das allgemeine Stimmrecht muß ein gleiches, geheimes und direktes sein und auch für die Frauen Geltung haben. Wo das allgemeine gleiche Wahlrecht bereits erreicht ist, soll das Proportional-Wahlrecht angestrebt werden.

Einen besonderen Punkt der Tagesordnung bildete der Gemeindefederalismus. Der Kongress verpflichtete die Parteigenossen aller Länder, an den Gemeinderäten teil zu nehmen, nationale Bureaus zu gründen, welche die Berichte und Erfahrungen sammeln und austauschen sollen.

Ferner wurde den Delegierten zur Pflicht gemacht, in ihren Heimatländern für die Organisation der Seeleute zu wirken.

Von besonderer Wichtigkeit ist der Beschluß, der zum ersten Punkt der Tagesordnung gefaßt worden ist. Dieser beschäftigte sich mit der Aufführung und Anwendung praktischer Methoden für die internationale Verständigung, Organisation und Aktion der Arbeiter und Socialisten.

Auch auf früheren Kongressen sind ähnliche Beschlüsse gefaßt, wie die oben bezeichneten, aber sie blieben doch vielfach nur Demonstrationen. Denn die Schwierigkeiten, die auf den internationalen Kongressen infolge Vielsprachigkeit und anderer Umstände obwalten, vermehren sich natürlich nach dem Auswärtigen der Delegierten noch um vieles. Eine Verständigung über die Art, wie die gefaßten Beschlüsse zur Ausführung gelangen können, ist ungeheuer schwer und so unterbleibt sie häufig ganz.

Es ist daher sehr zu begrüßen, daß der Kongress den Beschluß faßte, ein Internationales Sekretariat und ein Interparlamentarisches Komitee zu begründen.

Rational ist die Socialdemokratie längst dazu berufen, praktisch mitwirkend in die Geschicke der Völker eingzugreifen, sie will sich auch international nicht mehr beschränken auf Demonstrationen, sondern sie wird durch international geleitete, gleichmäÙig und gleichzeitig in Scene geführte politische Aktionen mitbestimmend auf die Maßnahmen der herrschenden Klassen einwirken. Das internationale Sekretariat wird nach dieser Richtung hin arbeiten.

In dieser Schöpfung internationaler Organe erblickten wir, so sählich und unscheinbar sie ins Leben treten, den wertvollsten Ertrag des Kongresses. Der den Verhältnissen vorausgerichtete Gedanke, der die Marx'sche Internationale Arbeiterassoziation ins Leben rief, ist jetzt zu neuem und reichem Leben erwacht. Der internationalen Anarchie der Bourgeoisie wird durch diesen ersten tapferen Versuch einer internationalen Verwaltung und Exekutive der Anfang einer fruchtbareren Organisation entgegengeföhrt. In diesem einflussreichen so sehr beschleunigten Versuch der Verwirklichung eines höheren Völkerrechts birgt sich die Keimzelle eines Bundesrats der zivilisierten Welt.

Es wäre thöricht, sich durch die ählichen Begleitererscheinungen, welche die zunehmenden Wehen der Einigung der französischen Socialdemokraten veranlassen, verstimmen zu lassen und den Wert gerade dieses internationalen Kongresses zu unterschätzen. Ganz im Gegenteil, trotz jenes französischen Bruderkriegs, hat sich noch niemals mit solcher Klarheit ergeben, wie einig die Socialdemokratie aller Länder nicht nur in den Grundsätzen, sondern auch in der Taktik ist. Die innige Verbindung von prinzipieller Festigkeit, taktischer Schmiegsamkeit und praktischer Arbeit — diese Vereinigung, in der die unbesiegbare Kraft der Socialdemokratie liegt — sie herrscht bereits jetzt fast in allen nationalen Abzweigungen der einen großen, untrennbaren Socialdemokratie der Welt, sie wird über kurz oder lang das gemeinsame Proletariat aller Völker durchdringen.

Die Internationale ist einig, nicht nur im Endziel, nicht nur in ihren Kämpfen gegen alle Formen des kapitalistischen Systems, gegen Militarismus, Kolonial- und Weltraubpolitik, sie wendet auch überall die gleichen Mittel an, die zur Erreichung von Vorteilen für das Proletariat, zur Eroberung der politischen Macht und letzten Ends zur Umgestaltung der Gesellschaft von Grund aus tauglich sind.

Die gleichen Ideale, die gleiche Schulung, der gleiche Weg — das ist schließlich doch der tiefste und wahrste Eindruck, den der Internationale Kongress zu Paris hinterläßt. Und diesen Eindruck vermögen weder die mancherlei notwendigen nationalen Besonderheiten noch die sehr wenig notwendigen persönlichen und unpersonlichen Zwistigkeiten einzelner habender Gruppen abzuschwächen.

Die Einheit der internationalen Socialdemokratie ist kein Traum mehr, sie ist heute bereits eine beginnende Wirklichkeit und sie wird bald eine erfüllte Thatsache sein. Und diese Einheit verdrängt den Sieg der größten Kulturbewegung der Menschheitsgeschichte.

Fackelzug und Zapfenstreich!

Am Montagmorgen brachte ein Bülow-offiziöses Organ des Abfalls Liberalismus auf Grund einer Aeußerung des Pariser „Matin“ die Nachricht, daß die deutsche Regierung ihr letztes Mandatschreiben in aller Form zurückgezogen habe. Natürlich teilte der diplomatische Aechter diese Thatsache in einer ziemlich komplizierten Form mit; er sprach von einer deutsch-russisch-französischen Verständigung, die darin beruhen sollte, daß Deutschland sich zu der „Konzeßion“ verstanden habe, auf die Vorbedingung der gesättigten Rache Verzicht zu leisten.

Als die Börse die Kunde vernahm, Graf Bülow mache nicht mehr die Auslieferung der „Schuldigen“ zur Vorbedingung jeglicher Friedensverhandlung, beantwortete sie diese Selbsterbarmung der China-Grafen mit einer — schädlichen Gausse: die Kurse stiegen! Dem Grafen Bülow mag dies Verhalten der Börse ein Zeichen sein, daher den meisten Erfolg damit erzielen würde, wenn er seine gesamte China-Politik samt seinem berühmten Mandatschreiben, so weit es noch möglich, rückgängig zu machen versuchen würde. Wir würden die letzten sein, die darüber spotteten, wenn die deutsche Regierung sich der Belehrung zugänglich erwies. Hoffen wir!

Am Nachmittag freilich widerrief das Blatt seine Morgenmeldung, die der Börse so viel Freude gemacht hatte. Indessen der Verzicht auf den Grundsatz des Mandatschreibens ist nicht mehr abzuleugnen. Alle Mächte teilen mehr oder minder entschieden die Auffassung Amerikas, und England — hat noch immer nicht geantwortet. Graf Bülow, der von einem Urlaub zurückgekehrt ist, hat in Friedrichsruh bei Bismarcks Sohn einen Besuch abgestattet.

Inzwischen hat sich auf dem Kriegsschauplatz ein gewaltiges Ereignis vollzogen. Der Weltgeneralissimus, Waldersee, ist in Tientsin angekommen und hat sofort nach seiner Ankunft, wie der Telegraph verkündet, seine „militärische Thätigkeit“ begonnen. Worin diese militärische Thätigkeit besteht, erfahren wir ebenfalls: in der Entgegennahme von einem wohlgeleiteten Zapfenstreich und Fackelzug. — Möge Graf Waldersee auch sein ferneres Wirken darauf beschränken, Zapfenstreiche und Fackelzüge entgegenzunehmen — aber nicht auf Reichskosten!

In jener Abwechslung, die in den China-Telegrammen seit jeher angestrebt wird, hören wir heute wieder einmal von großer Nachrichten Chinas, nachdem in den letzten Tagen allerlei Scharfmachereien verbreitet worden. Bald so, bald so, die Verleumdungen sorgen für die Unterhaltung des Publikums. Von irgend welcher Bedeutung sind diese Nachrichten der sanften Stimmung nicht.

Rußland zieht sich zurück.

Während an den russischen Annexionen in der Mandschurei kaum noch zu zweifeln, ist Rußland in Peking die Verhältnisschlichter selber. Der russische Gesandte v. Sieris geht auf Befehl des Zaren mit der ganzen Gesandtschaft von Peking nach Tientsin, hat also anscheinend keine Lust, den Näher an den „Hauptschuldigen“ zu spielen.

Chinesische Chamaden.

Nach den Warnsignalen der letzten Tage wird heute Verzögerung geboten. Es wird ein angebliches Edikt des chinesischen Kaisers vom 25. September verbreitet, das besagt:

Der Thron sei an der Lage unschuldig, sie sei vielmehr dadurch hervorgerufen, daß Prinzen und Großwürdenträger die Vögel begünstigt hätten. Jene müßten daher bestraft werden. Unter den Schuldigen werden die Prinzen ersten Rangs Chuang, Tsai Hsin und Tso Ching angeführt und ihres Rangs und ihres Amtes für verlustig erklärt. Der Prinz zweiten Rangs Tsun soll ebenfalls alle Ämter und Gehälter verlieren und dem Hofgericht zur strengen Bestrafung überwiefen werden. Ferner sollen der Herzog zweiten Rangs Tsai Lan und der Vizepräsident des Senats Ping-min bestraft werden. Für den assistierenden Großsekretär, Präsidenten des Justizministeriums Chao-shichiao sollen das Senfcorat und die Minister eine Strafe als Warnung vorklagen.

Ferner soll der Kaiser in einem Dekret seinem tiefen Bedauern über den Tod des Freiherren v. Kettler Ausdruck gegeben und angeordnet haben, daß in Peking und in der chinesischen Gesandtschaft zu Berlin eine Trauerfeier zum Gedächtnis des Ermordeten veranstaltet werde.

Eine offizielle Entschuldigung enthielt übrigens schon jenes chinesische Mandatschreiben, das seiner Zeit Graf Bülow dem deutschen Kaiser nicht unterbreiten wollte. Entschuldigt China den Mord und verspricht Bestrafung des Mörders, so entfällt für Deutschland — im Sinne des Völkerrechts — jeder Anlaß zu kriegerischen Aktionen.

Ein Brief des chinesischen Kaisers an Wilhelm II.

Der chinesische Kaiser soll nach dem „Standard“ folgenden Brief an Wilhelm II. gerichtet haben:

Der chinesische Kaiser sendet dem deutschen Kaiser Grüße! Dieser plötzliche Zustand in China hat die Einordnung Ihres Gesandten zur Folge gehabt, meine Untergebenen haben schändlich gehandelt und freundliche Beziehungen abgebrochen, was mich tief betrübte. Ich habe heute dem Hofrat Kunglung anbefohlen, ein Opfer am Grabe des toten Gesandten darzubringen, ferner habe ich Li und Lunkun befohlen, die Ueberführung des Sarges nach Deutschland möglichst zu erleichtern, und wenn dieser in Deutschland anlangt, hat mein Gesandter in Berlin den Befehl, wiederum ein Opfer darzubringen. So wünsche ich mein tiefes Bedauern zu betätigen. Früher waren unsere zwei Länder friedlich; ich beschwöre Sie nun aus Rücksicht auf unsere gemeinsamen Interessen, baldige Friedensunterhandlungen zu gestatten, damit beständiger Frieden gesichert werde.

Wird Graf Bülow diesen Brief an die Adresse expedieren? Möglicherweise dienen übrigens die jetzigen aus englischer Quelle stammenden Nachrichten über die angebliche Untertänigkeit Chinas demselben Zweck wie die früheren Scharfmachereien. Deutschland soll zu neuen Aktionen provoziert werden; darauf wird hingearbeitet, indem

man bald aufreizend die Gefahren des chinesischen Uebermuths schildert, bald die deutsche Unternehmungslust durch den Hinweis flacht, wie gewaltige Angst China vor der kriegerischen Macht Deutschlands habe.

Der Oberbefehl.

Der Pariser „Matin“ versteht die Nachricht von Waldersee's Ankunft in China mit folgender Erläuterung: Der deutsche Feldmarschall, rasch höher und älter als die übrigen verbündeten Generale, wird natürlich bei den Beratungen der Truppenführer den Vorsitz einnehmen, aber er wird keine unmittelbaren Befehlshaberrechte über die nichtdeutschen Truppen und ihre Führer ausüben haben, nur bei Stimmengleichheit im Kriegsrat wird seine Stimme ausschlaggebend sein. Zugleich läßt die Londoner „Daily Mail“ sich aus Shanghai melden, daß die französischen, russischen und amerikanischen Offiziere sich weigerten, sich unter den Oberbefehl des Grafen von Waldersee zu stellen, so lange noch keine kriegerischen Operationen begonnen hätten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober.

8 Mark-Getreidezoll!

Als die „Deutsche Tageszeitung“ neulich sichtlich befriedigt erklärte, es sei nicht wahr, daß die landwirtschaftliche Kommission des wirtschaftlichen Ausschusses zur Vorbereitung der Handelsverträge einen Getreidezoll von 6 M. beschloffen habe, sie sei sich aber vollständig einig über die Frage, was daraus zu folgen, daß man sich über einen noch höheren Zoll einig geworden sei.

Jetzt erfährt die „National-Zeitung“, daß sich die Kommission geeinigt habe, in dem Ausschuss die Erhöhung des Weizen- und Roggenzolls von 3,5 M. auf 8 M. in einem Generaltarif und auf 6,5 M. in einem Minimaltarif zu beantragen, d. h. der Zoll soll 8 M. denjenigen Ländern gegenüber betragen, mit denen keine Handelsverträge zu Stande kommen, und mindestens 6,5 M. auf Grund solcher Verträge. Auch eine entsprechende Steigerung des Gerstenzolls wurde beschloffen.

Da nun auch ein Zoll von 6,5 M. auschend sein dürfte, mit den Getreide-Exportländern keine Handelsverträge zu Stande kommen zu lassen, so bedeutet solch ein Beschluß einen a l g e m e i n e n Zoll von acht Mark, und man kann nur sich wundern, warum die Agrarier sich damit begnügt haben und nicht gleich 10, 15 oder 50 M. Zoll beantragen.

Ein Zoll von 8 M. würde bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 13 Millionen Tonnen Weizen und Roggen einen jährlichen Tribut von 108 Millionen Mark bedeuten, den die arbeitende Bevölkerung an eine kleine Anzahl großer und mittlerer Grundbesitzer zu zahlen hätte.

Es ist vorauszusetzen, daß sich der wirtschaftliche Ausschuss auf einen Zollsatz einigen wird, der zwischen 8 M. und 6,50 M. liegt. Um so energischer wird sich das Volk gegen diese Handelspolitik des Hungers auflehnen.

Völlige Aufhebung der Getreidezölle ist die Kampfsparole gegenüber den Großwucherern des immobilien Kapitals.

National-socialer Vertretertag.

Man schreibt uns aus Leipzig, den 30. September: Noch in den letzten Tagen ist an den Platsalkäulen, in der Presse und sogar in den Arbeiterorganisationen eine riesenhafte Aktion gemacht worden. Außer den Mitgliedern des national-socialen Vereins, der evangelischen Arbeitervereine und der Gewerkschaften haben auch die Mitglieder der Gewerkschaften freien Zutritt. Alle anderen Personen können den Vorstellungen gegen Lösung einer Tageskarte zu 20 Pf. oder einer für alle 8 Tage gültigen Dauerkarte zu 50 Pf. beizuhören. Aber bereits in der heute abend abgehaltenen Begrüßungsversammlung hat es sich gezeigt, daß die organisierten Arbeiter der an sie ergangenen Einladung keine Beachtung schenken und die national-socialen Arbeiterfreunde werden sich auch an den übrigen Tagen damit abfinden müssen, daß man sie häßlich allein läßt und auf ihre Belagerungen verzichtet.

Professor S o h m hielt heute die Begrüßungsrede. Er schildert Leipzig als einen wichtigen Ort in der Geschichte des National-socialen Vereins, als den Mittelpunkt eines geistigen und wirtschaftlichen Lebens sowohl, als auch einer ständigen sozialen Bewegung. Auf der einen Seite eine zielbewusste Arbeiterschaft, auf der andern Seite ein von vaterländischer Gesinnung und nationalem Geiste erfülltes Oligarchat. Das Industrieland Sachsen stehe unter dem Einfluß eines agrarischen Nordostwinds, der von Berlin herüber weht. Die Aufnahme der Arbeiterschaft als berechtigtes Glied des Volks wird bewußt oder unbewußt abgelehnt und diese Arbeiterschaft sei vollständig in den Händen der Socialdemokratie. Da der national-socialer Gedanke auf seiner Seite Aufnahme findet, so bleibe für ihn in Leipzig und Sachsen noch ein hartes Stück Arbeit zu verrichten. Die Hebung des Arbeiterstandes sei nur durch die Hebung der Nation möglich, deshalb müsse der national-socialer Gedanke siegen.

Prof. R a u m a n n zeigt sich als der Kröster in schweren Zeiten: Wir sehen erst jetzt, wie schwer die Arbeit ist, aber laßt uns nicht verzagen, Fremde. Die Bewegung hat in den letzten vier Jahren nicht abgenommen, aber untereinander haben wir viel gewonnen. Deutschlands Zukunft ist gebaut auf der Stärke seines Staats, die national-socialer Entwicklung ist ein Gedanke in Deutschlands Zukunft hinein.

Von dem Frankfurter Vertreter wird bedauert, daß die Leipziger und Berliner die besten Kräfte weggenommen haben. In Frankfurt fühlte man sich jetzt wie Kinder ohne Vater.

Von Interesse sind noch die Aeußerungen eines Berliner Delegierten, Grafen S c h a a l, der sich als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter und als Vertreter des 8. Berliner Reichstags-Wahlkreises vorstellt. Er glaubt zunächst dagegen Verwahrung einlegen zu müssen, daß der „Vorwärts“ die National-socialen als Hummerpartei bezeichnet habe und ist im übrigen der Weltmachtpolitik freundschaftlich gesinnt. Singers Minister in Mainz sei nicht vom Standpunkt eines Arbeiters, sondern von dem eines Feindes des Militarismus gehalten worden. Wir haben, so fährt er weiter aus, als Gewerkschaftler von den Engländern gelernt, die Macht auf dem Weltmarkt zu erzwingen. Wenn wir Brot und Arbeit brauchen, so ziehen wir nicht demonstriert vor das Rathaus, sondern gehen hin zum Staat und verlangen Schutz unter deutscher Flagge, um den Weltmarkt zu erobern. Der Herr beteuert am Schluß seiner Ausführungen nochmals, als Vertreter der organisierten Arbeiter zu sprechen. Ein Delegierter aus Württemberg macht noch die Mitteilung, daß man sich daselbst entschloffen habe, zu der nächsten Landtagswahl einen eignen Kandidaten aufzustellen.

Die Ausführungen der übrigen Redner sind ohne Bedeutung.

Deutsches Reich.

Das Germanisations-Theater. In Posen soll zur Hebung des Deutschtums ein Theater gegründet werden. Das Gebäude soll 1200 000 M. kosten, davon will der Staat 800 000 M. beitragen. Wir stehen damit vor einer Wendung der preussischen

Theatergeschichte; denn zum erstenmal soll hier in Preußen eine Bühne mit Staatsmitteln geschaffen werden, während sonst nur Höfe, Kommunen und Privatleute Theater unterhalten.

Ein Zweifel plagt uns aufredend: Germanisierend könnte eine Bühne doch nur dann wirken, wenn sie die künstlerisch-literarische Kraft des Deutschtums anschaulich mache; unter dieser Voraussetzung würden auch selbst die Polen willige Zuschauer werden. Da nun aber die in Preußen herrschende Genialität der Kunst zu unterdrücken bestrbt ist, so bleiben nur solche Minderwertigkeiten und byzantinische Konventionen für das Posener Stadttheater übrig. Dann wird es dahin kommen, daß in das Germanisations-Theater niemand mehr hineingeht und die Kassennot wird bald dazu führen, daß man zu germanisierenden französischen Tänzerinnen, englischen Musikantinnen und russischen Schweine-Dressuren seine Zuflucht nimmt.

Daß übrigens Niemand zum Direktor der neuen deutsch-völkischen Bühne ernannt werden soll, ist ein unbegreifliches Gerücht, das wohl dem allgemeinen Gefühl entstammt, daß niemand sich so trefflich auf die Zurechtbringung von nationalen Komödien versteht, wie der preussische Finanzminister.

Scherr's Reisender. Für den „Lokal-Anzeiger“ reist ein Dr. Georg Wegener, der sich jetzt in der Umgegend des Waldersee'schen Hofes befindet, gewerbdsmäßig um die Welt. Er war u. a. auch beim König Matafa auf Samoa, und berichtet darüber wie folgt:

Ich war eben im Begriff, mich in großer Schöpflichkeit umzusehen, als der Kapitän (des Schiffes „Cormoran“) mir eröffnete, jetzt würde mir Matafa eine Rede halten. Er habe ihm vorhin gesagt, daß der Kaiser ihm einen Brief geschickt hätte, worin ihm meine Ankunft angekündigt sei; ich sei beauftragt, zu sehen, wie sich Samoa unter den neuen friedlichen Umständen unter deutscher Schutzhoheit entwickele, und davon zu berichten. Sie wundern sich etwas, daß ich Sie mit dem Kaiser in Zusammenhang bringe. Das muß ich thun; Ausdrücke wie Admiralstab oder Auswärtiges Amt werden die Leute gar nicht verstehen. Was hier behördlich von Deutschland kommt, das ist immer der Kaiser.

Man sieht, Scherr macht alles, er ist der geheime Oberkaiser der Welt, und seine Leute sind die Oberminister!

Die Reichstags-Erkwahl in Handow-Greifenhagen findet am Freitag, den 9. November, statt. Seitens der Socialdemokraten kandidiert wieder wie in früheren Jahren Genosse A l w i n K ö r s t e n. Die Konserwativen haben den Mittheiler a. D. Prätorius, der auch seit mehreren Jahren den Wahlkreis im Landtag vertritt, aufgestellt. Ob die Freisinnigen, die ja kaum in Betracht kommen, einen Jaglhandbiden aufstellen, ist ungewiß. Bei der Wahl von 1895 fielen auf Körssten 10 552 Stimmen, während der Konserwative mit 15 020 Stimmen gewählt wurde. Der Kandidat der Freisinnigen Volkspartei erhielt 1242 Stimmen. Der Kreis Handow-Greifenhagen wird immer mehr zu einem rein industriellen, die Ansichten des socialdemokratischen Kandidaten sind deshalb keine schlechten.

Geimpelte Schweine. Der letzte schlesische Fleischtag in Jauer beklagte sich über die Abstempelung des nach Ober-Schlesien importierten russischen Schweinefleisches. Dort wurde berichtet, daß häufig Schweine mit 124 Anilinrotpunkten bedeckt waren, so daß sie geradezu ekelhaft anzusehen. Auf eine dieserhalb vom Fleischtag an die Regierung gerichtete Beschwerde hat der Regierungspräsident in Oppeln der schlesischen Volkzeitung zufolge dahin entschieden, daß er nicht in der Lage sei, das gegenwärtige Verfahren der Abstempelung des russischen Schweinefleisches im Sinne des Fleischtags anderweitig zu regeln; aus veterinärpolizeilichen Gründen sei es geboten, den Ursprung des eingeführten russischen Schweinefleisches dementsprechend zu machen, daß eine Verwechslung mit dem einheimischen nicht stattfinden könne, und das könne nur durch reichliche Abstempelung mit Anilinrotpunkten geschehen, weil bei dem früheren Abstempelungsverfahren die Stempelung entfernt und dann das Fleisch verbotenerweise über die Grenze des Industriegebietes hinausgeschafft worden sei. Daß durch die jetzige Stempelung das Fleisch dem Käufer vererbt werde, habe sich bisher nach den gemachten Erfahrungen nicht bestätigt gefunden.

Es wäre sicherlich weniger mühevoll, wenn die Schweine nicht abgestempelt, sondern direkt in Anilinrotpunkte hineingetaucht würden. Anilinblaue Schweine und himmelblaue Margarine, wie sie uns vor Jahren die lieben Agrarier zugehakt hatten, das würde trefflich zusammen passen.

Zur Lasternot. Das Mittel, die Landflucht der Arbeiter und Arbeiterinnen zu hemmen, glaubt der Vorstand der Landwirtschaftskammer für Westfalen gefunden zu haben. Um den Wechsel der Arbeitsstellen bei den industriellen Arbeitern möglichst zu verhindern, wurde in der letzten Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnen angeregt, an Arbeiter und Arbeiterinnen für lange Dienstzeiten in einem Betriebe, nach verschiedenen Abstufungen, Diplome, Medaillen, Broschen mit Kreuzen und ähnliche Dekorationen zu verteilen. Mit diesem Mittel würde man die Arbeiter, so gab ein Redner seiner Hoffnung Ausdruck, an die einzelnen Betriebe fesseln — und eine Armee von dekorierten Arbeitern erziehen. In welchem Zweck die Unternehmer für langjährige Dienstverhältnisse schürmen, leuchtet wohl jedem ein. Den an die Scholle gefesselten Arbeiter kann man besser ausnutzen, er ist widerstandsfähiger gegen alle Annahmen und mit Aufhören der Plutokratie ist für die Unternehmer eine unangenehme Konkurrenz beseitigt, die sie untereinander behufs Anziehung der besten Arbeitskräfte betreiben. Den Arbeiterwechsel durch unabhängige Behandlung der Arbeiter und Zahlung angemessener Löhne zu beheben, fällt den Herren allerdings nicht ein. Um den eignen Egoismus besser befriedigen zu können, will man den Arbeiter durch „ideale“ Belohnung, durch Dekoration zum willenlosen Ausbeutungsobjekt zwingen. Der erwähnte Vorstand hat die von industrieller Seite gegebene Anregung beachtet. Man glaubt, was für industrielle Arbeiter als Erfolg verprechend in dieser Beziehung gepriesen wird, kann für Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter sicher nicht schädlich sein. Und so sollen denn für die Folge, nach Arbeitskategorien und Dienstzeiten verschieden, an die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen für langjährige treue Pflichterfüllung — kostbare Zeichen der Anerkennung verliehen werden. Die aus bereits geschickelten Hieraten bestehenden Zeichen sollen des größeren Effekts wegen in den Versammlungen der Vereine mit entsprechenden Ansprüchen überreicht werden. Die bannlichen Angehörigen werden nun wohl bald sehr im Kurse stehen — wenn sich genug Dumme finden.

Zur Kohlennot hat kürzlich der Vorstand der schlesischen Landwirtschaftskammer Stellung genommen und folgenden Beschluß gefaßt:

Die Verfügung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten vom 4. August d. J. betreffend Kohlennot mit Beigabe des hierzu geeigneten Alternativen Materials dahin zu beantworten, daß auch im Bezirk der schlesischen Landwirtschaftskammer eine Kohlennot herrscht, und daß, wie aus zahlreichen Zuschriften schlesischer Landwirte und privaten Mitteilungen derselben hervorgeht, die Landwirte schon während des Sommers die bestellten Kohlen vielfach nicht erhalten haben und auch bei rechtzeitiger Bestellung nicht in der Lage gewesen sind, sich den erforderlichen Vorrat für den Herbst- und Winterbetrieb sicher zu stellen.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer erhofft eine Abhilfe dieses noch nicht dagewesenen Notstands im allgemeinen durch Tarifmaßnahmen, welche geeignet sind, die Einfuhr ausländischer Kohlen zu beschränken und die Ausfuhr inländischer einzuschränken.

Die Agrarier beklagen sich hier mit Recht über die Kohlennot und verlangen Maßregeln, welche die Einfuhr ausländischer Kohlen beschränken. Sie selbst aber sind bestrebt, ebenfalls einen Not-

stand zu schaffen, wie er noch nie dagewesen ist; verlängern sie doch einen Getreidezoll von acht Mark. Ein Zoll von dieser Höhe bedeutet für die Bevölkerung einen Notstand von mindestens ebenso großer schädlicher Wirkung als die gegenwärtigen Kohlenpreise. Konsequenz ist aber nie Sache der Junker gewesen, sonst müßten sie alle Maßnahmen, die geeignet sind, das notwendigste Lebensmittel, das Brot, im Preis in die Höhe zu treiben, weit von sich weisen.

Die wittern Morgenluft. Seit einiger Zeit ist davon die Rede, daß beabsichtigt werde, die Bundesrats-Verordnung vom 4. März 1898 abzuändern und statt des R a g i m a l a r b e i t t a g s in den Bädereien eine Mindest-Ruhezeit einzuführen. Der geschäftsführende Vorstand des Verbands deutscher Bädereimengen „Germania“ hat, wie die „Postische Zeitung“ zu melden weiß, im Hinblick hierauf eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet, worin darauf hingewiesen wird, daß die Einhaltung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe fast in allen Bädereien umfangreiche Vorarbeiten an den Sonntagen nötig mache. Es wird daher in der Eingabe gebeten, wenn eine Mindestruhezeit von mehr als acht Stunden festgesetzt werden sollte, an allen 62 Sonntagen des Jahres und außerdem an mindestens 12 Tagen vor den Hauptfesten Ausnahmen zugelassen werden mögen.

Die neue Militärgerichtsbarkeit. Mit dem 1. Oktober, an dem die Militärgerichts-Ordnung in Kraft getreten, ist Berlin der Sitz des obersten Reichs-Militärgerichtshofes geworden. Das Dienstgebäude befindet sich in dem für fünf Jahre gemieteten Hause Markgrafenstr. 65, in welchem zwei große Sitzungssäle für öffentliche Verhandlungen eingerichtet sind.

Zu Mitgliedern des Reichs-Militärgerichtshofes sind ernannt: Präsident Generalleutnant Reichert von Gemmingen, Adjutanten des Präsidenten: Major Reichert von Siebed, Major Ostermann von Ester, Militärische Mitglieder: Generalmajor v. Kaltenborn-Stachau, Oberst Brandau, Oberst Ritter v. Gerneß, letzterer bisher Abteilungschef im bairischen Kriegsministerium. Senatspräsidenten: Professor Dr. Weiffenbach (bisher Abteilungs-Chef im preussischen Kriegsministerium), Dr. Herz (bisher Geh. Admiralitätsrat im Reichs-Marine-Amt), Ritter v. Koppmann (bisher Geh. General-Auditor), Ober-Militäranwalt v. Pechmann (bisher Geh. Justizrat und Mitglied des General-Auditorats). Für den Militärgerichtshof des Gouvernements Berlin sind als ständige Mitglieder Ober-Kriegsgerichtsrat Dr. Aulhorn und Justizrat Hauser ernannt worden.

Die Mitglieder des Reichs-Militärgerichts versammelten sich am Montagmittag.

Die gleichzeitig ins Leben getretenen Kriegsggerichte des Gardecorps, des Gouvernements von Berlin und des III. Armee-corps haben die ihnen im früheren Militärarrestlokal in der Lindenstraße eingerichteten Diensträume am Montag übernommen. Zwei große Sitzungssäle sind für die öffentlichen Verhandlungen geschaffen worden.

Dem Gerichtshof des Gardecorps wird als juristische Person Obercorps-Auditeur Weber vorstehen.

Schulansflüge als socialdemokratisches Agitationsmittel. Man schreibt uns aus Halle: Die „Umsturzbestrebungen“ der Schule hatten es dem Rentier und früheren Stadterordneten Häbde von Witterfeld angethan, einen „kräftigen Artikel“ im „Allgemeinen Anzeiger für Witterfeld“ gegen das Lehrerkollegium der Realschule und den Magistrat loszulassen. Er hatte aber die Befähigung der Socialdemokratie ohne den Staatsanwalt gemacht und stand nun heute vor der Strafkammer wegen Verleumdung des Lehrerkollegiums angeklagt. Direktor Franke hatte Strafantrag gestellt, weil Häbde in dem unter Eingeband veröffentlichten Artikel geschrieben hatte, die Schulansflüge seien geeignet, die Socialdemokratie groß zu ziehen, und wenn das nicht gang der Fall sei, so wären die Ansflüge aber mindestens der Nährboden für die Socialdemokratie. Der Angeklagte stellte im Gerichtssaal folgendes Exemplar auf: Die Hälfte der Kinder stammt von socialdemokratischen Eltern und die großen 13-14jährigen Jungen lesen auch schon socialdemokratische Blätter und erzählen dann dieses und jenes, was sie von den Eltern gehört und gelesen haben, mit, wodurch die nichtsocialdemokratischen Kinder inspiriert werden. Die unangenehmen Kinder nehmen socialdemokratische Meinungen in sich auf, da sich ein Lehrer bei einem Ausflug unmöglich um ca. 30 Schüler genügend kümmern könne. Man möge an Stelle der Ansflüge lieber Kindererzieher abhalten. Dadurch würden die Lehrer viel mehr verpflichtet, sich unangekündigt bei Spielen zu den Kindern zu widmen. Das Lehrerkollegium hatte den Artikel auf sich bezogen, weil ein Lehrer der Realschule, der zugleich Stadterordneter ist, als der Witterfelder Magistrat zu den Schulansflügen 1000 M. zur Verfügung gestellt hatte, für die Ansflüge eingetreten war. Darüber war der Angeklagte ärgerlich geworden. Der Staatsanwalt beantragte 15 M. eben 8 Tage Gefängnis. Das Gericht sprach den Angeklagten aber frei, da er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und nicht die Lehrer, sondern den Magistrat treffen wollte.

Bezirksstagswahlen in Elsaß-Lothringen. Aus Straßburg wird uns vom 30. September geschrieben: Bei den heute stattgehabten teilweisen Erneuerungswahlen zum Bezirksstags des Unterelsaß erhielt im Kanton Straßburg-West Hoffmann (Socialdem.) 820, Bürgermeister Bad (gouvernemental) 2301 Stimmen. Letzterer ist somit gewählt. Da die socialdemokratische Partei hier zum erstenmal in die Wahl eintrat, ist ihr Erfolg als ein guter zu bezeichnen.

Die Wahl im Kanton Nord ergab für Peitros (Socialdem.) 855, für Justizrat Riff; Reichstags-Abgeordneter (vereinigte Ordnungsparteien) 2070 Stimmen. Im Jahre 1894 hatte der socialistische Kandidat 735 Stimmen erhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß inzwischen das Wahlrecht zum Bezirksstags durch Verlängerung der Anfallsfähigkeit von 6 Monaten auf 3 Jahre und Ausschluß der Armenunterstützten eine erhebliche Verschlechterung erfahren hat. Von insgesamt rund 13 400 eingeschriebenen Wählern in beiden Kantonen gaben nur etwa 6200 ihre Stimme ab.

In Rülhansen-Erd erhielt R ä h b a u m e r (Soe.) 2200, R u f f (Merital) 3350 Stimmen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung, Mißhandlung und Verübung groben Unfugs verurteilte die holländische Strafkammer einen als Trinker bekannten Tagelöhner zu sechs Monaten Gefängnis und einer Woche Haft. Der Verurteilte hatte auf der Straße geklämt und einen Anaben geschlagen; am 12. August soll er den deutschen Kaiser beleidigt haben. Der Mann war bei dieser Gelegenheit offenbar wieder betrunken. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Ausland.

Ungarn.

Rektifizierte Volkzeit. Die ungarische Volkzeit geht, wie noch kürzlich auf dem internationalen Kongress in Paris von den ungarischen Delegierten berichtet wurde, in der brutalsten Weise gegen die Socialdemokraten vor. Die als Agitatoren belannten Arbeiter werden kurzerhand ausgewiesen. Am hat aber der Minister des Innern entschieden, daß die Volkzeit nicht das Recht habe, Arbeiter wegen socialistischer Agitation auszuweisen. Den diezerhalb ausgewiesenen wurde die Rückkehr gestattet.

England.

Wahlresultate. Aus London wird vom 1. Oktober gemeldet: Bis nachmittags 3 1/2 Uhr waren ohne Gegenkandidaten gewählt: 97 Unionisten, 8 Liberale und 8 irische Nationalisten. Unter den Wiedereingewählten befanden sich John Coris, John Redmond, Edward Grey und Lord Hamilton, der Staatssekretär für Indien.

Das größere Britannien. London, 1. Oktober. „Daily News“ meldet aus Sydney, den 30. September: Dem Vernehmen nach hat die britische Regierung eingewilligt, die im Stillen Ocean gelegenen Inseln Karolonga, Manihiki, Palmerston, Greenh, Putapuka und Tokelau (Hervey, Manihiki und Union-Inseln) zu annektieren. Von Neu-Seeland ist bereits ein englisches Kriegsschiff abgegangen, um die Annexion vorzunehmen.

Afrika.

Vom Boerenkrieg wird nur wenig Neues berichtet. Einige Plänkelen bei Heidelberg und Pinaarsriver haben stattgefunden und sind nach Berichten aus englischer Quelle für die Boeren ungünstig verlaufen. In Komatipoort fand eine furchtbare Explosion statt, während englische Soldaten Munition, welche von den Boeren im Stich gelassen war, vernichteten. Zwanzig Gordon-Hochländer wurden getötet.

Lord Roberts scheint sich doch demnächst nach England einzuschiffen, denn es wird gemeldet, daß General Baden-Powell das Kommando der Polzeitruppe übernimmt. Diese Truppe soll für Transvaal und den Orange-Freistaat 12000 Mann betragen.

Aus London wird berichtet, daß Feldmarschall Roberts an Stelle des Feldmarschalls Buller zum Oberbefehlshaber der Armee ernannt worden.

Zur Europareise des Präsidenten Krüger wird berichtet, daß die britische Regierung eine Note an Holland geschickt habe, die besagt, obwohl die englische Regierung keine Einwendungen dagegen erhebe, daß Präsident Krüger nach Holland gebracht werde, würde sie die Fortschaffung des beschlagnahmten Goldes und der Archive der ehemaligen Republik durch ein niederländisches Kriegsschiff als Verletzung des Völkerrechts betrachten. Infolge dessen wurde der Befehlshaber der „Gelderland“ angewiesen, von Krüger schriftliche Bürgschaft zu verlangen, daß unter seinem Befehl kein Staatsgut nach Transvaal befördere.

Diese Bürgschaft wird der alte Krüger wohl mit gutem Gewissen geben können, denn die Archive dürften längst in Sicherheit gebracht sein.

Eine sehr merkwürdige Nachricht, die der Bestätigung bedarf, wird der „Post“ aus London gemeldet: Die „North Post“ erzählt aus Pretoria vom 29. September: Varend Vorster, eines der Mitglieder der alten Volksraad-Partei, hat im Distrikt Gontpansberg eine Republik hergestellt. Vorher sei mit 2000 Boeren abmarschiert, um sich Vorster in Pietersburg anzuschließen.

Der zweite französische Parteitag.

Paris, 28. September.

Der große Tag, der über die nächste Zukunft des französischen Sozialismus entscheiden soll, ist gekommen. Die zwei freitenden Lager hatten alle Vorbereitungen für die Entscheidungsschlacht getroffen. Am wichtigsten war dabei, wie für jede Schlacht die Mobilisation der Truppen. Letztere sind aber nicht so sehr die Delegierten, wie die kleinen roten Mandatskarten. Denn gemäß dem wenig glücklichen Präzedenzfall des vorjährigen Einigungskongresses wird in allen wichtigen Fragen nach Mandaten abgestimmt werden und jeder Delegierte darf Träger von zehn Mandaten sein.

Die Eröffnungsfeierung gilt also den Mandatsstreitigkeiten. Der Parteitag tagt im kleineren Saal, wo der Internationale Kongress für den zweiten Sitzungstag unterbrochen wurde.

Die beiden Kampfslager sitzen in kompackten Massen gruppiert: Links die französische Arbeiterpartei (Guesdisten), die sozialistisch-revolutionäre Partei und die kommunistische Allianz (Vollständigung der ehemaligen Allemanisten), ferner einige mit der Linken zusammengehörende autonome Föderationen — rechts die sozialistisch-revolutionäre Föderation (Jaures' Richtung), die sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei (Allemanisten), die Föderation der sozialistischen Arbeiter Frankreichs (Wroussisten oder Possibilisten), die große Mehrheit der autonomen Föderationen, die ferner politische Organisationen angegliederten Gewerkschaften und Genossenschaften.

Die Sitzung wird um 2 Uhr nachmittags eröffnet, und zwar von der Mandatsprüfungs-Kommission des Generalkomitees. Den Vorsitz führt Pasquier, Mitglied jener Kommission.

Im Saal sitzen 1200—1300 Delegierte anwesend sein. Eine gespannte Stimmung liegt über der dicht gedrängten Menge, aber zugleich auch eine gewisse Freundlichkeit darüber, daß der seit Monaten tobende Streit endlich zur Entscheidung kommen soll.

Das Wort hat zunächst

A. Richard, Vertreter der Mandatsprüfungs-Kommission: Die Kommission hatte eine enorme Arbeit zu bewältigen. Waren doch nicht weniger als 2748 Mandate zu prüfen, wovon die größte Zahl erst in den letzten Tagen eingelaufen ist. Die Kommission hat 2209 Mandate gültig erklärt. Es handelt sich also um 239 bestrittene Mandate, wovon 81 unwiderruflich von der Kommission annulliert wurden, da sie den angeführten Zulassungsbedingungen nicht entsprachen. Übrigen 158 Mandate, über welche der Kongress sich auszusprechen soll.

Die gültigen Mandate verteilen sich wie folgt: 915 guesdistische, 252 blanquistische, 15 der Allianz, 359 der Jaures'schen Richtung, 83 allemanistische, 85 possibilistische, 30 gewerkschaftliche, 44 genossenschaftliche und 547 der autonomen Föderationen.

Schon diese Aufstellung ergibt eine Mehrheit der Mandate auf der rechten Seite, was übrigens schon vorher bekannt war.

Nach kurzer Debatte wird einstimmig beschlossen, eine neue 16gliedrige Kommission (aus je zwei Mitgliedern pro Sonderorganisation) zu wählen zur Prüfung der bestrittenen 158 Mandate. Jede Organisation nennt ihre zwei Vertreter, die nachher vom gesamten Parteitag einstimmig gewählt werden.

Allemanne schlägt hierauf vor, die Sitzung zu unterbrechen, bis die Kommission über die Mandate entschieden hat.

Zugleich verlangt man rechts die vorherige Verlesung der Liste der bestrittenen Mandate. Links protestiert man dagegen, während rechts nach dem bekannten Singliang-Laut recitiert wird: Die Ver-le-jung! Die Ver-le-jung! Nachdem sich die Unruhe gelegt hat, erklärt A. Richard, die Liste sei noch nicht aufgestellt.

Man schreitet zur Abstimmung über Allemanes Vorschlag, der von der Linken bekämpft wird. Es wird nach Stöpseln abgestimmt und der Vorschlag gelangt mit erheblicher Mehrheit zur Annahme. Die Rechte klatscht freudig Beifall, da sie auch die Delegiertenmehrheit auf ihrer Seite hat.

Die Sitzung wird unterbrochen bis 8 Uhr abends. Der Parteitag wird zwei Sitzungen täglich abhalten, eine am Nachmittag, eine am Abend. Er tagt bis Sonntagabend einschließlich, wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt.

Paris, 29. September.

Erster Verhandlungstag. Abendigung.

Voritz: Pasquier, Mitglied der Mandatsprüfungs-Kommission. Eine unplanmäßige, namenlose Sitzung. Die erregtesten Sitzungen des vorjährigen Kongresses machten keinen so depressierenden, so beschämenden, so ansehenden Eindruck. ... Es war das organisierte Chaos, das man Obstruktion nennt — damit ist alles gesagt! Am Abend sollte der Bericht der neuen Mandatsprüfungs-Kommission beraten und die letzten Mandatsstreitigkeiten erledigt werden. Die Kommission hat sich aber natürlich in eine Mehrheit und eine Minderheit gespalten.

Freibourg (Verichterstatter) beantragt namens der Mehrheit die Gültigkeit von 136 unter den 158 beanstandeten Mandaten. Der Lärm geht sofort los. Die Guesdisten protestieren gegen die Kommissionsbeschlüsse. Man hört einen Ruf an den Verichterstatter: „Diebiel hat man Ihnen bezahlt?“ ... Freiburg antwortet darauf: „Ihr demüht Euch, neues Lob seitens der reaktionären Presse zu verdienen.“ (Lebhafte Beifall rechts, Rufen und Pfeifen links.) Freiburg muß abtreten.

Brunelieres-Rantes, Vorsitzender der Kommission, erklärt, die Kommission habe gewissenhaft gearbeitet. Gegen die Gültigkeit der 136 Mandate lägen gar keine Beweise vor.

Freibourg, von neuem links mit Lärm empfangen, verliest nun die Liste der gültigen und ungültigen Mandate bis zu Ende und bittet um Annahme der Kommissionsbeschlüsse.

Kongé, Guesdist, bekämpft dieselben namens der Kommissionsminderheit. Bei 28 Mandaten hätte man nicht einmal den Beweis, daß die betreffenden Gruppen existierten. ... Proteste rechts. Die weiteren Ausführungen des Redners verlieren sich im Lärm.

Andrieng, Vertreter der Genossenschaften im Generalkomitee, der mit der Linken zusammengeht, spricht speziell gegen die Gültigkeit der Genossenschaftsmandate: Nur die 44 Mandate, die von der Kommission des Generalkomitees bestätigt wurden, entsprechen den Zulassungsbedingungen. Die übrigen stammen von Genossenschaften her, die nicht den Beweis geliefert haben, für die sozialistische Propaganda Beiträge geleistet zu haben. Ihre Beiträge für Streikende sind nicht in Betracht zu ziehen, da auch reaktionäre Genossenschaften Streiks unterstützen, wenn es ihr Interesse erfordert. (Proteste rechts.) Die Kommissionsmehrheit hat die betreffenden Mandate bestätigt lediglich auf Grund der Behauptungen der Genossenschaftler Guillemin und Baguol.

Wieder minutenlang Lärm. Der Vorsitzende Pasquier ist ohnmächtig, er verliert vollständig die Leitung der Verhandlungen. ... Links verlangt man Schluß der Debatte. Labaud, Allemanist, spricht unter Lärm dagegen.

Ein Delegierter von rechts spricht „zur Geschäftsordnung“: Alle Richtungen haben sich stillschweigend geeinigt, die Ruhe zu beobachten. Ich wende mich an die französische Arbeiterpartei (Lärm links), hinter unseren Bänken stehen Mitglieder jener Organisation, die fortwährend die Ruhe stören. Wägen sie zu den übrigen sich setzen! ... (Dauernder Lärm.)

Labaud spricht weiter zu Gunsten der Genossenschaftsmandate. Baguol spricht im gleichen Sinne: Die Genossenschaften haben geglaubt, den Zulassungsbedingungen Genüge zu tun, wenn sie Streikende unterstützen, oder andre sozialistische Genossenschaften, wie die Glacière von Albi, die neugegründete Pariser sozialistische Baderet, oder auch eine sozialistische Zeitung, die in sozialistische Propaganda treibt. Ich erinnere noch an den neulichen Kongress der sozialistischen Genossenschaften, wo beschlossen wurde, 25 Proz. des Bruttoertrags der sozialistischen Partei zuzuwenden, falls diese ihre Einigung verwirklicht. Nun, die betreffenden Genossenschaften haben an jenem Kongress teilgenommen und für jenen Kongressbeschluss gestimmt. Andererseits haben sie auch vielfach direkt für die politische Propaganda beigetragen. Dies kann zwar nicht durch Quittungen erbartet werden, wohl aber durch anderweitige Dokumente. ... Redner verliest das bezügliche Zeugnis eines sozialistischen Wahlkomitees. Er muß aber abbrechen, weil die Versammlung auf die einzelnen Mandate nicht eingehen kann.

Man beschließt die Mehrheit der Rechten Schluß der Debatte, während die Linke bei der Gegenprobe sich der Abstimmung enthält, was von der Rechten mit ironischem Beifall begrüßt wird.

Der Vorsitzende verliest einen Antrag von links auf Abstimmung nach Mandaten über die Kommissionsbeschlüsse. Die Frage nach dem Abstimmungsmodus wird zum Hauptpunkt für die ganze Dauer der abendlichen Sitzung. Die Redner von links und rechts sprechen gleichfalls im Lärm und können nur mit großer Mühe und für wenige Augenblicke sich verständlich machen bezu. ihre Rede beginnen. Der Vorsitzende wird von allen Seiten apostrophiert. Er ruft mit heiserer Stimme: „Aber warum haben Sie im Anfang dieser Sitzung kein Bureau wählen wollen?“ (Die Bureauwahlen waren auf morgen vertagt worden.)

Die Linke besteht auf der Abstimmung nach Mandaten unter Berufung auf die Geschäftsordnung, die vom Generalkomitee ausgearbeitet war, wonach jener Abstimmungsmodus jedesmal obligatorisch ist, wenn er verlangt wird. Die Reden der Rechten verweisen darauf, daß der Kongress souverän sei. Der Kongress aber habe die Geschäftsordnung des Generalkomitees noch gar nicht sanktioniert. Außerdem habe der vorjährige Kongress beschlossen, nur in grundsätzlichen Fragen nach Mandaten abzustimmen, nicht aber in präliminären Formfragen. Endlich sei die Mandatenliste noch nicht fertiggestellt, und es gäbe bereits für gültig erklärte Mandate, deren Inhaber noch nicht im Besitz ihrer Mandatskarten wären.

Briand stellt demgemäß den Antrag: „Der Kongress, der in der Regelung der Prozedur der Mandatsbestätigung souverän ist, beschließt, daß in allen Fragen nicht grundsätzlicher Natur durch Handaufheben abgestimmt wird. (Rechts: „Abstimmen!“ Widerspruch links.)

Perrin (Linke) verlangt die Abstimmung nach Mandaten, weil während der Sitzung Mandatskarten verteilt, die nicht Delegierte sind, eingehändigt worden seien. (Entrüstung rechts. Rozier ruf: Namen nennen!) Perrin, der noch von „Jallstrid“ und Pelleret spricht, tritt unter Lärm ab.

Nun wird Schluß der Debatte mit großer Mehrheit beschlossen. Links erheben sich dagegen nur wenige Hände. Die Rechte klatscht Beifall.

Vorsitzender will den Antrag auf Abstimmung nach Mandaten zur Abstimmung stellen. Briand verlangt die Priorität für seinen Antrag. Vorsitzender verliest immer unter Lärm einen Ausgleichsvorschlag von Walter (Blanquist), wonach jede Organisation mit ihren bereits für gültig erklärten Mandaten abstimmen soll, also ohne Rücksicht darauf, ob die betreffenden Delegierten im Besitze der Mandatskarten sind oder nicht.

Vallant steigt auf seine Bank, wie auch schon einige frühere Redner. Die Linke ruft: „Hoch die Kommune!“ Rechts: „Kein! Kein! Die Debatte ist geschlossen!“ ... Minuten-langer Lärm. Vallant bleibt auf der Bank stehen. Endlich kann er sprechen: Die Geschäftsordnung des Generalkomitees kann nur durch eine namentliche Abstimmung abgeändert werden. Es giebt Delegierte mit 10 Mandaten, bei einer Abstimmung nach Stöpseln würden also 9 Mandate verloren gehen. (Stürmischer Beifall links.)

Charney (Rechts): Wir haben noch keine Geschäftsordnung. Der Kongress ist durch die Beschlüsse des Generalkomitees nicht gebunden. (Lärm links.)

Lejevre (Rechts): Vallants Hinweis auf die Träger von zehn Mandaten ist nur in grundsätzlichen Fragen von Gewicht, indem die Mandatsaussteller von vornherein ihren Delegierten verpflichtet haben, in jenen Fragen in bestimmter Weise zu stimmen. Hier aber handelt es sich um die Abstimmung über die Beschlüsse einer Kommission, die erst heute nachmittags zwecks der Mandatsprüfung gewählt wurde, von deren Existenz also die Mandatsaussteller keinen Begriff hatten. Nur die Delegierten können die Arbeit dieser Kommission beurteilen. (Beifall rechts.)

Die Priorität für Briands Antrag wird mit erheblicher Mehrheit beschlossen, die Linke enthält sich der Abstimmung und ruft im Lärm: „Geschäfts-ord-nung! Geschäfts-ord-nung!“ Dasselbe wiederholt sich bei den Abstimmungen über Briands Antrag und über die Kommissionsbeschlüsse, die mit einer erheblichen Mehrheit der Rechten votiert werden.

Der Ruf der Linken: „Geschäfts-ord-nung!“ wird nun bis zum Schluß der Sitzung fortgedauert. Es ist ihr Lösungswort, das jede weitere Verhandlung unmöglich macht.

Nach Annahme der Kommissionsbeschlüsse betreffend die Gültigkeit der 136 Mandate erklärt der Vorsitzende Pasquier den Kongress für konstituiert und bittet um Ernennung eines regelrechten Bureau. Es wurden gewählt (nur von der Mehrheit): Allemanne zum Vorsitzenden, Camelinat und Ch. Longuet zu Stellvertretern, Bonard zum Schriftführer. Die drei ersteren sind ehemalige Kommune-kämpfer und werden von der Mehrheit mit stürmischen Hochrufen auf die Kommune begrüßt, während von links unerbittlich und unaufhörlich der in Chor gesungene Ruf ertönt: „Geschäfts-ord-nung! Geschäfts-ord-nung!“

Allemanne kann kein einziges Wort vernehmen lassen. Die Obstruktion der Linken ist unermüdlich. Sie wechselt nur ihr gelegentliches Lösungswort hin und da durch ihr altes Lösungswort: „Kach Cha-lons! Kach Cha-lons!“ ab (Anspielung auf die Regelei von Streikenden). Das dauert eine gute halbe Stunde. Es ist bereits 11 1/2 Uhr.

Allemanne klingelt von Zeit zu Zeit mit der Glocke, diese drohend nach links schwingend. Es hilft alles nichts. Er kann kein einziges Wort sprechen.

11 1/4 Uhr. Die Linke stimmt zur Abwechslung die „Internationale“ und die „Carmagnole“ an. Die Rechte klatscht den Obstruktionärgen Beifall.

Lafargue steigt auf die Bank, um zu sprechen. Die Rechte hindert ihn daran durch den Ruf: „A-boy-our! A-boy-our!“ (Schreier, Veller), wie er selbst öffentlich Jaures genannt hat.

Zugwischen hat man ein rotes Banner über dem Podium aufgehängt, dicht über Allemanes Haupt. Allemanne schwenkt das Tuch der roten Fahne nach links, auf die Inschrift: „Socialistisch-revolutionäre Föderation“ zeigend.

Es ist Mitternacht geworden. Die elektrischen Lampen werden nach und nach gelöscht. Allemanne kann nur noch durch Vorzeigen einer Inschrift auf einem Stück Papier die nächste Sitzung auf 2 Uhr nachmittags festsetzen.

Paris, 30. September.

In der Vormittags-Sitzung des 30. September kam es hinter den Vorhängen, die den Sitzungssaal vom Hinterraum trennen, zu einem bedauerlichen Zwischenfall. Andrieng hatte die Genossenschaft der Beschlüsse beifällig beifällig. Baguol forderte von ihm Erklärungen, und schließlich verzeigte er ihm einen heftigen Faustschlag. Liom (Linke) bringt das zur Kenntnis des Kongresses und Roland (Guesdist) verlangt den Ausschluß Baguols. Die Mehrheit lehnt den Ausschluß ab. Sofort erheben sich alle Guesdisten und verlassen den Saal. Die Rechte steigt auf Stühle und Bänke und klatscht den Abziehenden Beifall unter Ausrufen: „Hoch die Einheit!“ Die Bundesgenossen der Guesdisten, die Blanquisten und die Alliance, bleiben und bitten durch Lourdun um Unterbrechung der Sitzung. Das geschieht, worauf Lourdun unter Beifall erklärt, seine Partei neigt der Alliance nach wie vor, ohne aber damit ihren Freunden von der Arbeiterpartei (Guesdisten) einen Tadel auszusprechen zu wollen. Vaillant werde später dem Kongress gewisse Anträge vorlegen.

Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands.

Mainz, den 28. September.

Die gestrige Debatte über die Frage der Neutralisierung der Gewerkschaften ergab eine deutliche Abgabe an die neuerdings aufgetauchten Neutralisierungspläne.

Die Versammlung tritt heute in die Beratung der Anträge ein, die eine Änderung der Reise-Unterstützung beabsichtigen. Drei dieser Anträge wollen Tagesgelder einführen, an Stelle der Berechnung nach Kilometerzahl. Diese Anträge werden nach kurzer Debatte abgelehnt. Dagegen wird ein Antrag angenommen, der eine bestimmte Summe als Jahresbetrag festsetzt, über die hinaus nicht ausgezahlt wird. Dieser Höchstbetrag wird auf 50 Mark normiert, der jedoch nach längerer Mitgliedschaft stufenweise erreicht wird, und zwar sollen bei dreijähriger Mitgliedschaft 30 M., bei vierjähriger 40 M., bei fünfjähriger 50 M. gezahlt werden als Höchstbetrag. Für Mitglieder, die 26 Wochen bis 2 Jahre dem Verband angehören, ist der höchste Jahresbetrag der Reise-Unterstützung 25 M.

Anträge auf Erhöhung der Unterstützung pro Kilometer werden abgelehnt, es verbleibt bei dem Satz von 2 Pf. pro Kilometer. Auch die Anträge werden abgelehnt, die die Kilometerzahl für die tägliche Auszahlung erhöhen wollen.

Angenommen wird ein Antrag aus Erfurt folgenden Inhalts:

„Die auf Verschreibung reisenden Mitglieder können nur dann volle Tour ausbezahlt erhalten, wenn sie von der Ortsverwaltung des Orts, wo sie in Arbeit treten wollen, die Bestätigung haben, daß die fragliche Arbeit annehmbar ist. (Siehe § 9 Absatz 6.)“

Abgelehnt wird ein Antrag aus Wolgast, nach dem den Kantabalkspinnern stets die volle Tour ausbezahlt wird.

Eine längere Diskussion entspinnt sich über die Anträge, die auf die Sterbegelder, die der Verein seinen Mitgliedern beim Ableben deren Ehegatten zahlt, Bezug nehmen. Einige dieser Anträge wollen eine Erhöhung der Sterbegelder; einer will sie abschaffen; andre wollen die Auszahlungen an bestimmte Bedingungen knüpfen. Die Diskussion dreht sich in der Hauptsache um folgende von der Generalversammlung angenommene Resolution:

„Die Generalversammlung beschließt, daß die Sterbegelder-Unterstützung in besonderen Fällen auch denjenigen Mitgliedern zu teil wird, die ohne standesamtliche oder kirchliche Beurkundung ein familiäres Zusammenleben führen.“

Gemäß dieser Resolution findet im Statut ein Passus Aufnahme des Inhalts: „In besonderen Fällen entscheidet der Vorstand mit dem Ausschuss.“

Die Umzugsgelder-Unterstützung, die erst von der 1898 stattgefundenen Generalversammlung eingeführt wurde, führt zu einer eingehenden Beratung, in der die gemachten Erfahrungen den Wunsch nach einer Abänderung nahe legen. Es wird zunächst eine Kommission niedergesetzt zur Feststellung der die Materie betreffenden Vorschläge.

Nachmittags-Sitzung.

Die Beratung wendet sich der Kranken-Zuschussfrage zu. Wildemann-Stuttgart meint, früher habe die Krankenunterstützung innerhalb der Gewerkschaften eine Bedeutung in agitatorischer Hinsicht gehabt, aber seit der Versicherungszweig gesetzlich festgesetzt ist, hat diese Bedeutung abgenommen, noch mehr die Nebenversicherung, wie sie bei uns besteht. Redner erklärt sich dagegen, daß der Beitritt zur Zuschussklasse obligatorisch gemacht wird. Am liebsten wäre es ihm, die Klasse bestände gar nicht.

Von anderer Seite meint man, die Zuschussfrage wirke günstig für die Stabilität der Mitgliedschaft. Auf die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz dürfe man nicht warten, wenn etwas zu verbessern sei.

Vom Vorstandlich wird dafür plädiert, den Vorstand, wenn eine neue Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz komme, zu erwünschten, gelegentlich Maßnahmen zu treffen, die zur Erhaltung der Klasse nötig seien. Weitere Beschlüsse bestimmen, es bei der bisherigen Form der Zuschussfrage zu belassen.

Ferner wird folgender Antrag angenommen: „Die Generalversammlung beauftragt den Vorstand des Verbands, sobald der Reichstag einer Vorlage, in der den freien Ausschüssen der Gewerkschaften eine Vorlage, die gegen eine Urabstimmung darüber herbeizuführen: Soll die Zuschussfrage obligatorisch eingeführt werden?“

Der Antrag auf Ziel: „Habilitanten als Arbeitgeber und Werkführer können in Zukunft nicht mehr Mitglieder sein; sind sie vorher Mitglied, dann ruht die Mitgliedschaft so lange, bis dieselben aus ihrer Stellung austreten, und können dann mit allen Rechten wieder eintreten, wenn die Beiträge bis zur Stunde des Ausschlusses begahlt sind“ wird durch Liebergang zur Tagesordnung erledigt.

Danach erstattet die Kommission für Umzugsgelder Bericht und stellt einen Abänderungsantrag, der gegen eine Stimme angenommen wird. Durch den Antrag wird eine Ausdehnung der Umzugsgelder in bisheriger Weise eingeschränkt.

Ein Antrag, der den Ausschluß derjenigen Mitglieder aus dem Verband will, welche nicht den Extrabeitrag zahlen, der zu totalen Einrückungen (Arbeitssekretariate etc.) nötig ist, dem Vorstand aber die Entscheidung hierüber vorbehält, wird mit Majorität angenommen.

Gegen eine Reihe Abänderungsanträge, die die General-Versammlung nur alle 3 Jahre stattfinden lassen wollen, wird beschlossen, daß die Generalversammlung, wie bisher, alle 2 Jahre stattfinden.

Die Agitation für den Verband wird hauptsächlich von den Vorstandskommissionen besorgt. Nun liegen Anträge vor, die eine Ver-

fechtung der Vorortskommissionen wünschen, weil einige nicht so gehandelt hätten, wie es im Interesse des Vereins läge. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft, die Nebensachen wurden scharf gerügt, eine Beschwerde gegen die Agitation des Mitglieds Normanu wird zur Prüfung der Beschwerdekommision überwiesen.

Partei-Nachrichten.

Dem Andenken Liebknechts.

Zwei bemerkenswerte Kundgebungen internationaler Sympathie aus Anlaß des Todes unfreies untergegangenen Liebknecht gehen und noch zu, die wir ihrer Herkunft wegen hier wiedergeben:

Mendoza, 21. August 1900.
(Argentinien.)

Die Mitglieder des sozialistischen Vereins von Mendoza haben mir in ihrer Versammlung vom 19. ds. aufgetragen, Euch ihren aufrichtigsten Ausdruck des Beileids zu übermitteln über den großen Verlust, welchen die sozialistische Partei Deutschlands durch das Verschwinden des Genossen Liebknecht erlitten hat.

Wir benutzen die Gelegenheit, um unsere Hoffnung auszudrücken, daß bald der Socialismus und die allgemeine Brüderlichkeit triumphieren wird.

Es lebe die sociale Emancipation!

Dr. Augusto Carotte, Generalsekretär.

Sydney, Neu Süd-Wales, 13. August 1900.

An den Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Partei. Genossen! Ich bin beauftragt, Euch folgende Resolution, welche am 9. August in der Versammlung des „Internationalen sozialistischen Klubs von Sydney“ einstimmig angenommen worden ist, zu übermitteln.

Der Internationale sozialistische Klub von Sydney, Neu Süd-Wales, hat mit dem Gefühl des tiefsten Bedauerns Kenntnis genommen von dem Tode des großen Kämpfers und Führers, Wilhelm Liebknecht. Der Klub spricht hiermit seine Bewunderung und Anerkennung aus für das großherzige und aufopfernde Leben, das der Sache des internationalen Socialismus gewidmet war.

Das Andenken des großen Vorläufers für Freiheit und Humanität wird für immer fortleben in dem Herzen des klaffenbewußten Proletariats.“
E. Turner, Generalsekretär.

Gegen eine Ration von 10000 Mark soll unser Genosse Leby in Erfurt vorläufig aus der Haft entlassen werden. Die Ration ist gestellt worden und der so schwer und so unbedingte Worterteile wird untermies auf freien Fuß gesetzt worden sein und ist so in der Lage, die Revision des Urteils zu betreiben, ohne noch länger der Freiheit beraubt zu werden.

Zehn Jahre des Kampfs. Unter dieser Spitzmarke meldet unser Bruderorgan in Hannover, der „Volkswille“, seinen Lesern das Jubiläum seiner zehnjährigen Existenz. Am 30. September 1890 erfolgte das Sozialistengesetz. Am Tage darauf erschien die erste Nummer des „Volkswille“, nachdem jahrelang die hannoverschen Genossen ohne Parteiorgan gewesen waren, weil das im Anfang der achtziger Jahre von ihnen herausgegebene Blatt „Haus und Welt“ dem Socialistengesetz zum Opfer gefallen war. Das neugegründete Blatt schien zunächst nicht recht gedeihen zu wollen, bis die nicht rastende Tätigkeit der Genossen endlich doch einen Umschwung herbeiführte. Und heute ist der „Volkswille“ in Hannover-Linden das verbreitetste politische Blatt!

Die zehn Jahre des Kampfs brachten natürlich auch Wunden. Nicht weniger als 28 Prozesse wurden gegen den „Volkswille“ anhängig gemacht. So manchem Preschänder im sozialistischen Wälderwald werden allerdings die Verhältnisse in Hannover immerhin noch ruhig erscheinen, wenn er hört, daß in fünf dieser Fälle das Strafverfahren eingestellt wurde, zwei Sachen mit einem Vergleich, neun mit Freisprechung und „nur“ zwölf mit Verurteilung endigten. Aber diese zwölf Verurteilungen brachten den Redactoren des „Volkswille“ immerhin noch acht Monate Gefängnis und 770 Mark Geldstrafe ein. Mehrfach wurde auch über die Redactoren die Untersuchungshaft verhängt; so mußte u. a. der Genosse Thielhorn im Jahre 1895 nicht weniger als drei Wochen in Untersuchungshaft sitzen. Er war angeklagt der Ministerbeleidigung und zweier Majestätsbeleidigungen. Aber im ersten Falle wurde das Verfahren eingestellt und in den beiden anderen erfolgte Freisprechung.

Solche Opfer sind bitter; aber sie werden keinen der an unsrem Wundenblatt thätigen Genossen abhalten, auch in Zukunft nach Kräften seine Schuldigkeit zu thun, wissen sie doch, daß sie für etwas kämpfen, das ihnen und allen Genossen das höchste ist: für den „Volkswille“!

Partei-Organisation. Die Parteigenossen Bochums beschloßen am Sonntag in einer zahlreich besetzten Parteiverammlung, das Vertrauensmännersystem beizubehalten. Die Beschlüsse des Parteitags wurden gebilligt.

Zum Kapitel Saalabtreiber. In Reichenbach in Sachsen klagte der Vorsitzende der dortigen Maurerorganisation, Ludwig, gegen den Schankwirt Keil auf Schadenersatz. Ludwig hatte im Auftrag seiner Organisation ein Vergnügen arrangiert, und dazu hatte der Beklagte seinen Saal zur Verfügung gestellt. Nachdem Ludwig schon 50 M. Ausgaben auf die Veranstaltung gemacht hatte, zog Keil seine Zusage zurück mit der Begründung, daß ihm die Militärperre drohe, wenn das Vergnügen stattfinden solle. Keil wurde verurteilt, dem Ludwig die 50 M. zu ersetzen, und wir empfehlen für alle solche Fälle ebenfalls die Schadenersatzklage.

Interessant ist an der Sache besonders folgende Stelle aus dem Zwischenurteil:

„Er (Keil) habe sich nach erteilter Zusage zum Stadtrat Dr. Krippendorf in Reichenbach begeben, um sich bei ihm Rat zu holen, ob seine Zusage unbedenklich sei; Dr. Krippendorf habe ihm erklärt; er müsse das Vergnügen oder die Versammlung der Maurer Reichenbachs mit Rücksicht auf die Zugedrängtheit derselben oder eines großen Teils der sozialdemokratischen Partei polizeilich überwachen lassen, überdies könne der Beklagte, wenn er in seinen Räumlichkeiten das Vergnügen der Maurer stattfinden lasse, später Schwierigkeiten bei Gesuchen um Erlangung der Erlaubnis zur Abhaltung von öffentlichen Tanzbelustigungen haben; Dr. Krippendorf habe ihm daher den Rat gegeben, wenn es ihm möglich sei, die dem Kläger erteilte Zusage zurückzunehmen.“

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Handlung. Das „Handlungsgehilfen-Blatt“, Organ des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, beschäftigte sich in mehreren Nummern mit den Verhältnissen in einer Eisenhandlung in Posen. Der Inhaber der Firma schickte sich beleidigt und dieser Tage fand auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Posen im öffentlichen Interesse eine Hausdurchsuchung in der Redaktion des genannten Blatts statt. Gefunden wurde nichts.

Wegen Beleidigung durch die Presse waren in Augsburg der verantwortliche Redacteur sowie der Verleger unfreies dortigen Parteiblatts unter Anklage gestellt worden. Während die Hauptverhandlung gegen den Redacteur jetzt angefangen wurde, ist gleichzeitig das Verfahren gegen den Verleger eingestellt worden.

Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine hält gegenwärtig seine vierte Generalversammlung in Dresden ab. Die bisherigen Verhandlungen haben nicht viel Bemerkenswertes zu Tage gefördert; sie zeichnen sich vielmehr durch Oberflächlichkeit aus. Die Damen unterhielten sich bisher über Sittlichkeitsfragen, Eheverträge, Arbeiterschütz, Mädchenhandel und andre Dinge. — Aus dem Geschäftsbericht, den Frau Simon aus Breslau giebt, erfährt man, daß gegenwärtig in Deutschland 131 Frauenvereine mit 70000 Mitgliedern existieren. Seit dem Jahre 1898 seien 24 Vereine neu entstanden. — Die Ver-

handlungen einer Kommission zur Hebung der Sittlichkeit scheinen von keinem tieferen Verständnis getrübt worden zu sein. Die Berichterstatterin erging sich in einem allgemeinen Lamento und dekretierte alsdann mit herzerfröhender Naivität: die Prostitution in jeder Form muß ausgerottet werden. Das ist gewiß kurz und bündig, nur schade, daß hier eine Reihe wirtschaftlicher Faktoren bestimmend einwirken, von denen die etwa 80 Damen, die diese Probleme so spielend lösen wollen, keine Ahnung zu haben scheinen. Daß letzteres der Fall ist, zeigten auch die ausgefallensten Forderungen, nach denen durch Gewinnung der Lehrer, Erziehung und Unterricht eine Erziehung des Volks und der akademischen Jugend erzielt, Polizeimatrone ange stellt und Erziehungshäuser für sittlich verwaarloste Personen — auch für die akademische Jugend? — errichtet werden sollen. Ferner verlangt man noch Bekämpfung des Mädchenhandels und der Geschlechtskrankheiten. Man sieht, für die auf wirtschaftlichem Gebiet zu findenden Ursachen haben die Frauenrechtlerinnen auch nicht das mindeste Verständnis.

Bemerkenswert sind die Verhandlungen über Arbeiterinnen-schutz. Die Referentin, Fel. Salomon aus Berlin, führte u. a. aus, die Mitarbeit der bürgerlichen Frauen an der Arbeiterinnenfrage habe sich darauf beschränken müssen, in Frauenteilen Verständnis für die Interessen der Arbeiterinnen zu schaffen. Eine aktive Mitarbeit sei nicht möglich gewesen, weil die socialdemokratisch gesinnten Frauen eine Mitarbeit der bürgerlichen Frauen verschmäht hätten. (Verschmäht wurden wohl nur die Recepte der bürgerlichen Frauen zur Lösung der Arbeiterinnenfrage, die viele Ermahnungen und Lehren aber wenig Verständnis über sociale Fragen enthalten D. R.) Schließlich wurde ohne wesentliche Debatte folgender Antrag angenommen:

Der Bund deutscher Frauenvereine hält eine Verhandlung der sozialistischen und bürgerlichen Frauenvereine in Sachen der Frauenfragen für dringend wünschenswert.

In den Verhandlungen über Mähligkeitsbestrebungen schlangen sich die Damen wieder zur vollen Höhe der Verständlosigkeit auf. Unter dem Veisall der Versammelten forderten nämlich mehrere Rednerinnen, die Trunksucht dadurch zu bekämpfen, daß man vor Gericht und im Strafrecht die Trunksucht nicht mehr als Milderungsgrund bei Verbrechen und Vergehen gelten lasse.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Das Streikpostenfischen ist gesetzlich erlaubt, dennoch beschäftigen sich beinahe tagtäglich Gerichte damit, polizeiliche Streikpostenverbote aufzuheben. Dieser Tage war es die Strafkammer in Frankfurt a. M. die wieder einmal die Selbstverständlichkeit feststellen mußte, daß — was nicht verboten ist — erlaubt sei. Während des dortigen Fischerstreiks wurde der Fischer Hirning von einem Schupmann aufgefordert, die Eichenheimer Anlage zu verlassen. Er leistete dem zunächst Folge, lehnte jedoch gleich wieder zurück und weigerte sich, einer zweiten Aufforderung zum Verlassen des Places nachzukommen. Er wurde nun zur Wache geführt, seine Personalien festgesetzt, und die Folge war ein Strafmandat, lautend auf 3 M., gegen welches H. Berufung einlegte. Das Schöffengericht erkaunte auf 15 M., und auf die weitere Berufung kam die Sache vor die Strafkammer zur Verhandlung, welche nach etwa 1 1/2 stündiger Beratung auf Freisprechung erkaunte. Der Schupmann erklärte, daß auf die Beschwerde eines Meisters die Schupleute Befehl erhalten hätten, jene Gegend von Streikposten zu säubern. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Wörschel wies darauf hin, daß doch wohl die Polizei kein Recht haben könne, ganze Stadtviertel abzusperren und dadurch die persönliche Freiheit des Einzelnen im höchsten Maße zu beeinträchtigen. Wenn das Streikpostenfischen nicht strafbar sei, so dürfe man nicht ohne weiteres die Leute vom Place weisen. Zudem konnte in diesem Fall durch das Dastehen eines Einzelnen eine Gefahr für die öffentliche Ordnung nicht erblickt werden. Selbst der Staatsanwalt erklärte, daß das Streikpostenfischen nicht strafbar sei; doch habe sich der Angeklagte strafbar gemacht, indem er der Anordnung des Schupmanns nicht Folge leistete. Also das Streikpostenfischen ist straflos, doch werden auf „Beschwerden“ der Unternehmer ganze Stadtteile für Streikposten abgesperrt.

Der Sitz des „Deutschen Glaserverbandes“ ist von Wiesbaden nach Karlsruhe verlegt worden, damit zugleich auch die Redaktion der „Glaser-Zeitung“ von Offenbach nach dort. Von gedachten Zeitpunkt ab ist die Leitung des Verbandes von Gen. Groß-Wiesbaden auf den Gen. Eichhorn-Karlsruhe übergegangen, der nun als erster befohlener Vereinfunktionär des Glaserverbandes zugleich auch die Redaktion des Verbandorgans mit übernommen hat.

Gegen Mahregelung eines Kollegen stellten auf einem Elektrizitätswerk in Hamburg 90 Maschinen, Heizer und Puffer die Arbeit ein.

Ausland.

Zum amerikanischen Kohlenarbeiter-Streik meldet Reuters Bureau, daß Dienstag in den Kohlenwerken der Anthracit-Gegend die Mitteilung angeschlagen werden wird, daß eine zehnprozentige Lohnverhöhung mit dem 1. Oktober in Kraft tritt, und daß die Vergewaltiger bereit sind, den Streik an ein Schiedsgericht zu verweisen.

Die Philadelphia-Reading-Eisenbahngesellschaft hat diese Kundmachung bereits erlassen. Die Vereinigung der Minenarbeiter hat darunter eine Kundmachung anbringen lassen, in welcher sie die Arbeiter auffordert, das Anerbieten der Gesellschaft nicht zu berücksichtigen, bis der Vorsitzende der Vereinigung der Minenarbeiter Mitchell von der Gesellschaft vernommen worden sei.

Sociales.

Ein neuer Verein der Arbeitgeber im Baugeverbe wird in nächster Woche in Berlin ins Leben treten. Die Tiefbau-Unternehmer haben beschloßen, sich zu einem Verein zur Wahrung der Interessen des Tiefbaugewerbes“ zusammenzuschließen. Die konstituierende Versammlung findet am 8. Oktober statt.

Anti-Papierering. Die Papiereinlaufsstelle Deutscher Zeitungsverleger“, G. m. b. H., hielt hier eine zahlreich besuchte Generalversammlung ab, in der als einziges Mittel zur Beseitigung der jetzigen Zustände auf dem Papiermarkt die Forderung des Banes neuer Papierfabriken allgemein anerkannt wurde. Es sind bereits Projekte im Gange für den Bau von 4 neuen großen Fabriken, von denen eine beinahe fertig ist. Der Syndikus Direktor Lehmann erhielt Auftrag, alle diese Pläne durch Rat und That zu fördern. Mehrere Hundert Zeitungen haben schon die Dedung ihres Bedarfs bei der Einkaufsstelle angemeldet.

Gerichts-Beitrag.

Ein Schlächtermeister als Dieb. Schlächtermeister Karl Franzke, ein in guten Vermögensverhältnissen lebender Mann, hatte sich gefreut vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I wegen eines Marktallendiebstahls zu verantworten. Der Schlächtermeister Franzke hatte am Morgen des 19. Juli einen in seinem Hause wohnenden Knaben mitgenommen, damit derselbe das Lausche Führer vor der Central-Markthalle beaufsichtigen sollte, während der Meister seine Einkäufe in der Halle besorgte. Bald darauf erschien Franzke am Wagen, warf einen ausgeglühten Hammel hinauf und bat den jugendlichen Aufpasser, dem Herrn Leu zu sagen, derselbe möge das Fleisch mitnehmen und in seinem Franzkes Laden abgeben. Da man an Franzkes Laden vorüberfahren mußte, so wurde in diesem Aufstrome etwas Auffälliges nicht gefunden. Gleich darauf wurden sämtliche Wagen durchsucht, von dem Führer des Schlächtermeisters Dietrich war ein Hammel gestohlen worden. Es war der Hammel, den Franzke auf den Leuschen Wagen geworfen hatte. Der Angeklagte wurde des

Diebstahls für überführt erachtet und mit Rücksicht auf die erschwerenden Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Trotz des Schuldbekenntnisses von den Geschworenen freigesprochen wurde der Großschlachtermeister Friedrich Graf, der wegen betrügerischen Bankrotts vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand. Der Angeklagte hatte am 19. Juni d. J. seinen Gläubigern angezeigt, daß er seine Zahlungen einstellen müsse. Außer einem Belpam war Aktivmasse nicht vorhanden. Einem der Gläubiger wollte es nicht einleuchten, daß Graf nicht noch im Besitz eines Teils des Erlöses aus den Schweinen sein sollte, die ihm erst kurz zuvor auf Kredit geliefert worden waren. Als Graf von einem Kriminalkommissar in die Enge getrieben wurde, räumte er ein, daß er seinem Schwager, dem Schlächtergehilfen Hartmann, 1000 M. zur Aufbewahrung übergeben habe, die für ihn einen Rotgroßen bilden sollten. Hartmann gab das Geld heraus, das den Gläubigern gerettet wurde. Der Staatsanwalt verkannte nicht, daß der Fall sehr milde liege, aber nach dem Geständnis des Angeklagten müsse dessen Verurteilung erfolgen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Georg Weder, plädierte trotzdem auf Freisprechung. Die Rechtschrift, die dem Angeklagten gewährt worden war, lief erst am 23. Juni ab und bis dahin konnte er mit seinem Gelde machen was er wollte. Man könnte doch gar nicht wissen, ob der Angeklagte bis dahin nicht noch andern Sinnes geworden wäre und das Geld freiwillig herausgegeben hätte. Die Geschworenen gaben dann ihren Wahrspruch auf „Nichtschuldig“ ab, worauf der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Der Ritualmord vor dem Ober-Verwaltungsgericht. Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater sollte seiner Zeit das Schauspiel „Rabbi David“ von Karl Weiser zur Aufführung kommen. Das Stück behandelt im liberalen Sinne die Frage des Ritualmords. Der Polizeipräsident unterlagte die öffentliche Aufführung an ordnungspolizeilichen Gründen. Er beabsichtigte, daß es zwischen jüdenfeindlichen und jüdenfreundlichen Zuschauern zu Konflikten kommen könnte. Auf die Klage des Direktors Samst setzte jedoch der Bezirksausschuß die Verbotserklärung außer Kraft. Das Ober-Verwaltungsgericht als Berufungsinstanz hat nun jetzt die Vorentscheidung bestätigt. Es führte aus, es wäre nicht anzunehmen, daß an der Tendenz des Stückes der Zuschauer in ihrem Innern Anstoß nehmen könnten. Auch sei nicht hinlänglich dargelegt, daß bei öffentlicher Aufführung des Theaterstücks eine Aufstörung zu erwarten gewesen wäre.

Versammlungen.

Die Korbmacher stellten am 24. September bei Wille, Andreasstraße 26, ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Obmann Kollege Velt berichtete, daß der Streit in der Angelforbbranche nach 14 tägiger Dauer teilweise siegreich für die Kollegen verlaufen ist. Der Sieg war kein vollständiger, weil sie eine ihrer Hauptforderungen, die Entlassung der Streikbrecher fallen ließen, um die Kasse nicht länger zu belasten. In der Diskussion nahm zunächst Kollege Schwebler das Wort. Er meinte, daß die ertünnigen Vorteile durchaus nicht zu niedrig anzuschlagen seien, denn wir hätten in einer Werkstatt einen Aufschlag von 45 Pfennig pro Nord erzielt. Der Kollege M. Krouse brachte das Verhalten des Werkführers Lemke von der Firma Schmidt u. Comp., Dresdenstraße, zur Sprache. Derselbe habe, obgleich er sich den Streikenden angeschlossen, den Chef auf dem Laufenden erhalten und wäre dadurch der Streik erschwert. Ueberhaupt fordere sein Verhalten den Unwillen der Kollegen heraus. Im Verschiedenen teilt der Kollege Partel als Mitgließe und Mitglied der Handwerkerkammer mit, daß die Bestätigung des Gesellenausschusses, obgleich derselbe schon vor Monaten gewählt sei, von seiten der Regierung erst jetzt erfolgt ist.

Eine Versammlung der Gold- und Silberarbeiter, die am 25. September im „Dresdner Garten“ tagte, beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage einer Regelung der Arbeitszeit in mehreren Berliner Silberwarenfabriken. In Betracht kommen dabei die Firmen H. Rehen u. Co., Völlgold u. Sohn und Petersfeldt, in denen eine längere als neunstündige Arbeitszeit üblich ist. Der Inhaber der Firma Rehen u. Co. bezieht sich der Kommission gegenüber, die bei ihm vorstellig wurde, eine ebengültige Antwort vor, bis er durch Erkundigungen festgestellt habe, daß tatsächlich in der Mehrzahl der anderen Betriebe eine neunstündige und geringere Arbeitszeit herrsche. Herr Petersfeldt war sehr entgegenkommend, hat sich jedoch eine zweitägige Bedenkzeit aus. Auidweg abgelehnt wurde jede Forderung von der Firma Völlgold u. Sohn wegen mangelnden Geschäftsgangs. Schließlich wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, daß die Kommission am 26. September noch einmal bei den in Frage kommenden Firmen vorstellig werden sollte. Eventuell möge den Prinzipalen für ihre Antwort eine am Freitagnachmittag 4 Uhr ablaufende Bedenkzeit gewährt werden. In der überaus stark besuchten Versammlung herrschte bezüglich der Forderungen und der Art und Weise ihrer Durchführung große Einmütigkeit.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Heute abend 8 1/2 Uhr Versammlung im Gemerkshaus. Wahl eines Schriftführers für den Vorstand. Streikbildhauer-Angewandtheit. Schäden des Aufstogens.

Verein selbständiger Fensterputzer Berlins. Heute abend 8 Uhr Sitzung bei Wehner, Wallstraße 11/12.

Verein für socialen Genossenschaftswesen. Heute abend 9 Uhr: Sitzung im Restaurant Proq, Amensstr. 2. Wähe willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wainz, 1. Oktober. (W. Z. B.) Der Schiffer Hand aus Wingen, welcher angeklagt war, am Ofterdienstag das Wootungslid bei Wingen verschuldet zu haben, wurde von der Strafkammer heute zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Budapest, 1. Oktober. (W. Z. B.) In der Ortschaft Koruh-Eredan Komitat Krasso-Szören) kam es wegen der Aufstellung der Gemeindevieser zu einer blutigen Revolte. Die Gendarmerie war gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen.

Paris, 1. Oktober. (W. Z. B.) Die Regierung wird bei dem Wiederauftreten der Kammer ein Gelbuch über die chinesische Angelegenheit veröffentlichen und die bis Ende des Jahres erforderlichen Kredite verlangen. Die Gesamtsumme der Kredite wird 70 Millionen Frank betragen. Bewilligt sind bereits 19 Millionen Frank; während der Parlamentarierien ließ sich die Regierung im Staatsrat einen Kredit von 12 Millionen Frank eröffnen, so daß nach Wiederbeginn der parlamentarischen Arbeiten ein Ergänzungskredit in Höhe von 39 Millionen beantragt werden wird.

Brissane, 30. September. (Telegramm des „Reuterischen Bureaus“.) In Chartres Towers ist ein Verfall vorgekommen.

New York, 1. Oktober. (Melbung des „Reuterischen Bureaus“.) Eine Depesche aus Peking vom 29. September berichtet: In einer Konferenz der Generale teilte General Lencovitch mit, daß die russische Gesandtschaft und die Hauptmacht der russischen Truppen aus Peking zurückgezogen werden. Eine Abteilung gemischter Truppen bleiben in der Stärke von 2000 Mann zur Vertretung Rußlands in Peking zurück. — Deutsche und japanische Truppenabteilungen operieren in südlicher Richtung nahe beim Jagdparl. Russen und Engländer halten kleinere Truppsreden der Bahnhalle zum Zwecke der Ausbesserung besetzt und bewachen sie.

Lourenço Marques, 1. Oktober. (W. Z. B.) Weitere Nachrichten aus Komatipoort besagen, daß durch die Explosion der von den Boeren im Stich gelassenen Munition nicht zwanzig englische Soldaten getötet wurden, sondern es wurden zwei Soldaten getötet und 18 verwundet, darunter ein portugiesischer Soldat.

Lourenço Marques, 1. Oktober. (Telegramm des „Reuterischen Bureaus“.) Der Dampfer „Sivria“ vom österreichischen Lloyd geht mit 400 Flüchtlingen aus Transvaal in See; es befinden sich darunter die italienischen, tschechen, amerikanischen und französischen Kontingente. Alle Angaben derselben an Bord trägt die Regierung von Transvaal; außerdem erhält ein jeder der Flüchtlinge 10 Pfd. Sterl. und hat freie Wahl bezüglich des Hafens, wo er landet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 2. Oktober.
Cyrenhaud. Carmen. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kraus). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Der Hund der Jugend. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Revue. Der weiße Stroh. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wetten. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die goldne Eva. Anfang 8 Uhr.
Secessionstheater. Der gnädige Herr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebeschlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ensen. Die Waife von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Tugendring. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weick. Müller und Schutze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Deke-Alliance. Der Prozeßhandl. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Polak. Spezialitäten-Vorstellung. Der olle Muckebold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Krania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/40. Abends 8 Uhr: Sternwarte.
Central-Theater. Heute und täglich: Anfang 7 1/2 Uhr. Der griechische Sklave. (A Greek Slave.)
Kaufhaus-Theater. Heute und folgende Tage: Der griechische Sklave.
Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung zu halben Preisen.
Samstag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.
 Schauspiel in 3 Akten von Franz v. Schöthan und Franz Koppel-Gisfeld.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die goldne Eva.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Orientreise.

Central-Theater

Heute und täglich: Anfang 7 1/2 Uhr.
Der griechische Sklave.
 (A Greek Slave.)
 Kaufhaus-Theater: Heute und folgende Tage: Der griechische Sklave.
 Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Kinder-Vorstellung zu halben Preisen.
 Samstag, nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Die Geisha.

Secessions-Bühne.

Alexanderstr. 40.
Der gnädige Herr.
 Schauspiel in 3 Akten von Elsbeth Meyer-Hörter.
 Morgen: **Im Reich des Forten.**

Thalia-Theater

Heute zum 25. Male:
Der Liebeschlüssel.
 Große Ausstattungspoffe mit Gesang und Tanz.
 Am 2. Akt: Musikalisch-antonomastisches Potpourri (glänzend finale).
 Hauptdarsteller: Thomas, Thielicher, Helmerding, Junfermann, Paulmüller und die Damen Wilton Schaffer, Wansolus, Junfer-Schay.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Täglich:
Müller und Schutze auf der Pariser Weltausstellung.
 Kaufhaus-Theater: Müller und Schutze auf der Pariser Weltausstellung.
 Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Mit anhaltendem grossen Erfolge:
Venus auf Erden.
 Ferner:
Adele Moraw
 und acht neue erstklassige Spezialitäten.
 Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr.
Der größte Operetten-Erfolg dieser Saison.
Eduard Steinberger als Gast.
Der Mandarin von Tsing-ling-ting.
 sowie das neue phänomenale **Oktober-Special-Programm**
Jane Piorny, Bonhair-Truppe.
 Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Oktober-Kolossal-Programm
 8 1/2 Uhr. Neu! 8 1/2 Uhr.
Der olle Muckebold.
 Emanuel Wad, Regier:
 Direktor Richard Winkler.
 Unter andern Nummern 1. Rang.:
 The Vulcanos, im Reiche des Entand.
 Uebart-Truppe, Barriere-Akrobaten.
 LHM Gröné, Rokham-Toubrette.
 Mercedas-Duo, Orientalis.
 Brothers Lehrs, Rastrosenspiele.
 The Minollis, Krafttänzer.
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonnt. 7 Uhr.
 Entree: 50 Pf.

CRANIA

Taubenstr. 48/40.
 Im Theater abends 8 Uhr:

Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
 Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche:
Marokkaner-Truppe.
 Vorstellung stündlich.
Passage-Theater:
 Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Die neuen lebenden Photographien.
 Graf Waldersoo.
 Kampf mit chinesischen Boxern.
 Konzert der russischen Nationalkapelle aus Kiew.
 Kapellmeister Semaschko.
 Illusionen - Kasper-Theater - Irrgarten - Schreckenskammer.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
 Anfang:
 Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
 Entree 50 Pfennig.
 Sorverkauf 40 Pf.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
 Täglich
 4 ausländische Kapellen
 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Cirkus Alb. Schumann.

Heute, Dienstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Gala-Vorstellung.
 Kolossaler Erfolg d. neuen Programms.
 Unter andrem:
Neu für Berlin:
Familie Alex.
Neu für Berlin:
Familie Hummel

Direktor Albert Schumanns neueste Original-Dressuren, sowie Auftritte der übrigen neu engagierten Künstler und Künstlerinnen.
 Zum Schluss:
Unablenklich hürrischer Weisfall:
CHINA.

Die Unken in Santschou.
 Der Aufruch der Voger-Krieg.
 Die Verbündeten vor Taku-Peking.
 Eine Kavallerie-Attake der verbündeten Mächte.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Anfang Sonntag 7 Uhr.
 Entree 50 Pf. Son 5-7:
Unterhaltungs-Musik.
 Wochentags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
 Nach jeder Solree:
Tanzkränzchen.
 Wochentags Tanz tral. Verehd. und Fortzugsbilleit wochentags gütig. Säte zu fechtlich. u. Versammlungen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr.
 Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten.
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.
 Bühne von 2 M. an. Blumen billig. Zahnlieben schmerzlos. Teilzahl. gestattet. Ertrabreteln. ausgef. N. Janner. Madatir. 13.

W. Noacks Theater.

Seemannstraße 16.
 Heute, Dienstag, den 2. Oktober er:
 Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Gossmanns Konzertgart.

Kreuzbergstr. 48, an d. Ruhbacht.
 Jeden Sonntag:
Garten-Freikonz.
 und
Gr. Ball.
 Jeden Montag u. Freitag:
Norddeutsche Sänger.
 Anfang 8 Uhr: Nachher: Kränzchen.
 Säte f. Versammlungen u. Festlichkeit.

Möbel

in gediegener Ausführung.
 auch auf (55030)
Teilzahlung.
H. & M. Lewent
 131. Oranienstr. 131.

Cirkus Busch

Dienstag, 2. Okt., abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Abend.
 Berliner Landpartien.
 Mit über 100. Tolle Streiche zu Wasser und zu Lande.
 3 Akrobaten zu Pferde, sensationell! und vorzügliches Programm.

Der Tod

M ohne Gnade über allen Dingen (samt deren Blut durch das 10-fort hoher lebende „Concentrierte Waugen-Flud“ (gel. gelb) in Flaschen zu 50 Pf., 1.00, 2.00, 3.00)

Senfel

holt auf der Stelle alle Schwaben mit sammt der ganzen Brut bei der geringsten Berührung mit „Voudre Martial“ (gel. gelb) in Flaschen zu 50 Pf., 1.00, 2.00 und das Pfund zu 4.00. Tödtet wie kein zweites Mittel absolut sicher. Ganz indigische Androttung und totale Vernichtung. Garantie für radikalsten Erfolg! Ständige Anmerkungen bis aus den fernsten Ländern.
 Diese altbewährten, unübertrefflichen Spezial-Mittel sind einzig und allein nur direct zu haben bei
Otto Reiche!
 Berlin SO., Eisenbahnstraße 4, vis-à-vis Markthalle. Tel. IV. 3130.
 Nirgend wo weiter! Hier frei Haus durch meine Gespanne.
 Nach auferhalb durch die Post. Es gibt nachtragungslos Nachbestellungen.
Achtung! Iose Nachbestellungen.

Steyppdecken

nur in feinsten Handarbeit
 direkt vom Fertiger
 G. Schurzler, Blumenstr. 13 I.

Meissner Dombau Geld-Lotterie

zur Erneuerung des Domes in Meissen.
 13160 Geldgewinne und 1 Prämie im Betrage von
375,000 Mark.
 Die Hauptgewinne sind cv.
100000 spec. 60000. 40000. 20000. 10000 M.
 Original-Lose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Alex. Hessel, Dresden, Weissesgasse 1
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
 Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
 Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstrasse 63.
 Ziehung 20. bis 26. Oktober cr.

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, Barg-Magazin

Berlin NW., Bremerstrasse 67. 2. Geschäft: Turmstrasse 81. 5263L* und Beerdigungs-Comptoir.



Würdiger Schloss des Bürgermeistermahles in Paris

Sandmann & Wolfgang
 Gebrüder
 Kōm. Ges

S' Wolfgang's
 echte bittere
 Magen-Tropfen
 Xfl. 1,25 M 1/2 fl. 0,75 M.

Überall zu haben !!

Berliner Pferde-Lose A 1 Mark. 11 Lose = 10 M. Porto u. Liste 20 Pf. **Ziehung 12. Oktober** empfiehlt und versendet gegen Briefmarken oder Nachnahme des Betrags **Carl Heintze** Berlin W., Unter d. Linden 3

Ziehung 20. - 26. ds. Monats. **Lose nur 3 Mark,** Porto und Liste 30 Pf. extra empfehlen und versenden **Carl Heintze, Berlin W.,** Unter den Linden 3, und der General-Debitur **Alexander Hessel, Dresden,** Weissesgasse 1. **Dritte Meissner Geld-Lotterie** Höchstbetrag im günstigsten Fall **100,000 Mark** Haupt-Gewinne **13160 Gold-Gewinne** u. 1 Prämie, zus. **375,000 Mark** baar Geld. 1 Prämie 60000, 40000, 20000, 10000, 2 à 5000, 10 à 3000 Mark etc.

Gleiches Recht für alle,

das ist eine Forderung, für die das „freisinnige“ Bürgertum mit dem ihm angeborenen Wagemut „voll und ganz“ und „unentwegt“ eintritt. Darum z. B. die immer wiederkehrenden Klagen über die Bevorzugung des Adels im Heer und in der Verwaltung und über die Zurücksetzung des „Bürgertums“, freilich, wo der „Freisinn“ selbst am Ruder ist, wo es ihm obliegt, das „gleiche Recht für alle“ gegenüber der Arbeiterschaft walten zu lassen, da hält er's mit dem alten Zunfterspruch: „Ja, Bauer, das ist ganz was andres“. Einen sprechenden Beweis dafür liefert das Verhalten unseres Berliner „Kommunalfreisinn“ bei der Besetzung der sog. „Verwaltungs-Deputationen“, d. h. der Körperschaften, die unter der Oberleitung des Magistrats und der Aufsicht der Stadtverordneten-Versammlung die einzelnen Zweige der städtischen Verwaltung zu leiten haben. Es setzen sich diese Deputationen aus Stadträten, Stadtverordneten und sogenannten Bürgerdeputierten — d. h. Bürgern, die weder dem Magistrat noch der Stadtverordneten-Versammlung angehören und von der letzteren für ihre Amt gewähl werden — zusammen. Unsere Genossen vertreten nun seit Jahren den Standpunkt, daß sie auch bei der Wahl dieser Deputationen gemäß der Stärke der Fraktion berücksichtigt werden müßten. Die Verechtigung dieser Forderung zu bestreiten wagt auch der Freisinn nicht, er erkannte sie vielmehr zu Beginn dieses Jahres ausdrücklich in dem Ausschusse an, der die Neuwahl der Verwaltungs-Deputationen vorbereiten sollte. Da man aber keineswegs gesonnen war, diese gerechte Forderung zu bewilligen, und damit gegenüber der Arbeiterschaft „gleiches Recht“ zu üben, so verstand man sich damals hinter dem Vorwande: „man könne nicht alle, in den Verwaltungs-Deputationen bewährte Stadtverordnete nur deshalb ihres Amtes entsetzen, um für Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion Platz zu machen; bei eintretenden Balancen werde man aber auch die Sozialdemokratie berücksichtigen.“ So damals die Vertreter des „Freisinn“ im Ausschusse. Wie wenig ehrlich aber sie es mit diesen Worten meinten, das zeigte deutlich die am letzten Donnerstag vorgenommene Wahl eines Mitgliedes in die Deputation der städtischen Wasserwerke — und das wird eben — das kann man auch ohne Prophezeiung schon heute sagen — am nächsten Donnerstag sich bei der Besetzung einer offenen Stelle im Kuratorium der städtischen Heimstätten für Genesende zeigen. Auf beide Stellen glauben unsere Genossen Anspruch zu haben, schon deshalb, weil sie überhaupt, wie die untenstehende Zusammenstellung ergibt, in den Deputationen nicht genügend vertreten sind. Weiter aber wird der Anspruch unserer Genossen auch dadurch gerechtfertigt, daß gerade in den städtischen Wasserwerken Arbeiter in großer Zahl beschäftigt sind, wie andererseits in den Heimstätten die Verpflegung fast ausnahmslos der Arbeiterschaft angehört; darum schon ist eine Vertretung der Arbeiterschaft in diesen Verwaltungs-Deputationen angebracht. Trotzdem stimmte am letzten Donnerstag auch nicht ein freisinniger für unsere Kandidaten, Genossen Wurm, der doch in einer Zeit, in welcher die gesundheitsgemäße Wasserversorgung Berlins die Gemüter so leicht beschäftigt, als Hygieniker gewiß ein erstklassiger Bewerber war. Im Gegenteil: der sogenannte „linke“ Flügel der Freisinnigen, die „Neue Linke“, wie sie sich in besonders feilscher Stimmung gern nennt, die „Kommunale Demokratie“ hielt es für angeeignet, uns gegenüber den Grundrind „gleiches Recht für alle“ ausdrücklich zu verleugnen, und stellte darum unsere Kandidaten noch einen Sonderkandidaten entgegen.

Die bevorstehende Wahl in die Heimstätten-Deputation wird ein ganz ähnliches Ergebnis haben. Unsere Kandidaten, Genossen Dr. Freudenberg, wird von freisinniger Seite der Herr Stadtverordnete Louis Sachs I entgegengestellt. Offenbar erscheint dieser Herr wegen der durch die Reichstagsrede Antrags in genügend gefundener Verdienste um das „städtische Krankenhaus Noabit“ — Herr Sachs ist nämlich dort Hauskurator — seinen Parteigenossen als der geeignetste Bewerber der Heimstätten, und deshalb soll ihm zu den sieben Ämtern, die er gegenwärtig schon in Deputationen und Ausschüssen bekleidet, auch noch dies achte übertragen werden.

Im übrigen seien noch einige Zahlen und Daten gegeben, welche die Verhältnissiebe des Freisinn in rechte Licht setzen. In den Verwaltungs-Deputationen und Kuratorien sind — wenn wir von den einzelnen Stiftungen und Stipendien wegen deren verhältnismäßiger Bedeutungslosigkeit ganz absehen — 307 Plätze zu vergeben. Davon bezieht gegenwärtig der „Freisinn“, der mit allen „Bildern“ fünf Sechstel der Versammlung darstellt, 274, also nahezu neun Zehntel. Unsere Genossen, die 22 unter 144 Stadtverordneten sind, also auf ein Siebentel bis ein Achtel der Sitz-Anspruch hätten, haben thatsächlich in den Deputationen nur 31 Sitze, also etwa ein Zehntel inne. Die bloßen Zahlen entwerfen aber noch ein viel zu günstiges Bild, denn die 31 werden nur dadurch erreicht, daß in der „Steuerdeputation“ unter 22 Mitgliedern fünf unserer Genossen und dazu sogar noch der Bürgerparteieller Ulrich sitzen. In der „Steuerdeputation“ hat man nämlich nur Arbeit zu leisten, sogar höchst unangenehme Arbeit und hat keinerlei Einfluß auf die Verwaltung und darum sind das Plätze, wie geschaffen für die Socialisten und den Antisemiten. In die wichtigsten Deputationen dagegen, die Verwaltung der Wasserwerke, der Gaswerke, in die Deputation für die städtischen Krankenhäuser und die öffentliche Gesundheitspflege usw., da darf ein Gotteswille keine herein, der nicht „zum Bau“, d. h. zum allseitigen Machenden „Kommunalfreisinn“ gehört. So will's das „gleiche Recht für alle“. Das sind dann freilich auch die Verwaltungsorgane, in denen immer und immer wieder nachgewiesen wird, daß Stadtverordnete oder Bürgerdeputierte als Lieferanten auftreten und somit das Amt als Futtertröge demühen. Es sind weiter aber auch das die Verwaltungsorgane, die ihre Arbeiter am allerschäblichsten behandeln. Man denke z. B. an die Mittelungen Antrags über die Bezahlung der Wärter in Noabit, oder man betrachte einmal die Unterstellungen, welche die Gas- oder Wasserwerks-Deputation für Arbeiter beantragt, die nach dreißigjähriger oder noch längerer Dienstzeit invalide geworden sind.

Fügen wir schließlich noch hinzu, daß unter 81 Bürgerdeputierten der verschiedenen Verwaltungs-Deputationen insgesamt, sage und schreibe, drei unserer Genossen zu finden sind, — davon auch noch einer in der Steuerdeputation — so haben wir einigermaßen ein Bild davon gezeichnet, wie der „Freisinn“ „gleiches Recht“ handhabt, wo er die Herrschaft hat.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Gewerkschaften und Vereine. Am Dienstag, den 9. Oktober, finden sechs Parteiversammlungen beaufsichtigt durch die Erstattung von Parteitag und Neubewegung der Berliner Parteiamter statt. Wir bitten für diesen Tag keine Versammlungen einzuberufen. Die Vertrauensleute.

Recht die Wählerlisten nach!

Am 4. Oktober liegen die Listen für die am 30. Oktober im 6. Wahlkreis stattfindende Reichstags-Erstausswahl zuhause aus. Bis dahin müße jeder Wähler sie in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags nachsehen.

Der 6. Wahlkreis umfaßt die Stadtbezirke 218-278 und 285 bis 326 B und vom Stadtbezirk 282; Alexander-Ufer, Friedrich Karl-Ufer von der Kronprinzessin bis zur Alendbrücke und Invalidenstr. 80

bis 83. Wegen der großen Wählerzahl und räumlichen Ausdehnung werden die Listen außer im Wahlbureau Poststraße 16 II noch in folgenden Lokalen aufliegen: a) für die Stadtbezirke 218 bis 220 und 287 bis 290 in der Turnhalle der 110./174. Gemeindefchule Schönhauser Allee 106A; b) für die Stadtbezirke 227 bis 236 und 251 bis 258 in der Turnhalle der 182./142. Gemeindefchule, Demminstraße 27; c) für den Stadtbezirk 239 bis 278 in der Turnhalle der 17. Gemeindefchule Aderstraße 67; d) für die Stadtbezirke 285 bis 287 und 298 bis 304 und einem Teil vom 282. Stadtbezirk in der Turnhalle der 113./128. Gemeindefchule Turnstraße 86; e) für die Stadtbezirke 288 bis 297 in der Turnhalle der 82./90. Gemeindefchule, Turnstr. 75; f) für die Stadtbezirke 305-326 B in der Turnhalle der 118./127. Gemeindefchule, Panitzstr. 8.

Wer keine Zeit hat, die Listen nachzusehen, wolle sich mit einer Legitimation (Steuerzettel u.) an einen der nachstehend bezeichneten Parteigenossen wenden, die bereit sind, die Wählerlisten zu prüfen:

- Noabit: J. Pfarr, Bulligstr. 10; B. Kien, Waldenstraße 14; G. Menzer, Turnstr. 69; A. Anders, Salzweidestra. 8; Rob. Kern, Stromstr. 24; M. Haber, Stephanstr. 11; Märker, Cigarrengeschäft, Turnstr. 52; Ad. Scholz, Wilhelmshavenstr. 18; O. Fischer, Veuffelstr. 66; Fr. Gresse, Veuffelstr. 17; A. Mat. Rostockerstr. 18; H. Schubert, Hüttenstr. 2; August Wend, Siffingenstr. 4; A. Plath, Siffingenstr. 43; Alb. Schütz, Veuffelstr. 25; Geise, Alt-Noabit 50; Gundlach, Waldstr. 9.

Wedding und Oranienburger Vorstadt: Chr. Hilgenfeld, Bergstr. 60; E. Diele, Aderstr. 123; O. Brüdner, Gartenstr. 63; Joseph, Tiedstr. 34; Schulz, Schwarzloppstr. 15; Seidel, Neue Kochstr. 38; Gieshel, Bonenstr. 40; A. Dobats, Sellenstr. 3; J. Krause, Müllerstr. 7a; F. Kleiner, Schulstr. 29; G. Kratzgat, Müllerstr. 159a; A. Doye, Müllerstr. 38; H. Hiltner, Gerichtsstraße 62; H. Tauschel, Wiesenstr. 29; F. Bergmann, Pasewalkerstraße 8.

Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: H. Hoppe, Aderstraße 21; Charlett, Aderstr. 164; Lorenz, Voltastr. 43; Wrobel, Sirellingerstr. 4; Werler, Bergstr. 10; Jrmert, Swinemünderstr. 26; Jäger, Swinemünderstr. 20; Döring, Ruppinerstr. 21; Gnadl, Ruppinerstraße 41; Rosin, Ruppinerstr. 42; Vertels, Ruppinerstr. 49; Rehsfeld, Brunnenstr. 57; Wesener, Antonoplatz 3; Hoffmann, Bernauerstraße 47C; Ad. Neumann, Brunnenstr. 150; Müggel, Fehrbellinerstraße 34; Eröhne, Pioniersplatz 5; Geißler, Veteranenstr. 4; Weier, Swinemünderstr. 118; Kämpfle, Brunnenstr. 122; Viehle, Brunnenstraße 55; G. Herrmann, Pabuserstr. 45; Krauß, Müggenerstr. 15; Schilling, Swinemünderstr. 51; Hoffmann, Swinemünderstr. 47; Bachgänger, Swinemünderstr. 34; Neumann, Graunstr. 14; Poldenhauer, Swinemünderstr. 66; A. Helbig, Wiedomstr. 9; Hoffmann, Grimshalerstr. 64; Regeler, Prinzen-Allee 14; Knoblich, Soldinerstraße 36; Richter, Stettinerstr. 16; Abendroth, Badstr. 42/43; Hinge, Panitzstr. 13.

Schönhauser Vorstadt: Diele, Schwedterstr. 33; George, Eberwaderstr. 4; Arzner, Thäenerstr. 8; Augustin, Schönhauser Allee 73; Schwarz, Schlemmerstr. 42; Behrfeld, Schönhauser Allee 40; Behring, Fehrbellinerstr. 51; Siedow, Fehrbellinerstr. 9; Wars, Antonien-Allee 95; Schulz, Poppel-Allee 106; Ramtow, Schönhauser-Allee 125; Wobkopf, Dunderstr. 12; Ködlig, Tunderstraße 79; Koberting, Schlemmerstr. 33; Wied, Dargenstr. 63; Wolf, Schönhauser-Allee 178; Wimmer, Treddowstr. 36; Schmidt, Treddowstr. 22; Siebert, Wörtherstr. 15; Gobien, Prenzlanerstr. 232; Lamprecht, Wörtherstr. 39; Grobler, Hochmeisterstr. 25.

Auch wer am 1. Oktober aus dem Wahlkreis verzogen ist, hat das Recht, an der Wahl teilzunehmen.

Die bevorstehende Erstausswahl im sechsten Reichstags-Wahlkreise bildet die Tagesordnung der beiden Volksversammlungen, welche heute Abend 8 1/2 Uhr im Berliner Grater, Antonien-Allee 7/9, und in Peter's Gesellschaftshaus, Alt-Noabit 80/81, stattfinden. Es referieren die Genossen G. Ledebour und H. Strobel. Die gleiche Tagesordnung wird heute Abend in einer von Wahlverein nach den Vorzuzugs-Sälen, Aderstr. 67, stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung behandelt, in der Dr. Alfred Bernstein referiert. Die Bezirksführer der Oranienburger und Rosenthaler Vorstadt werden besonders erjucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Schöneberg. Heute Abend 8 Uhr erfolgt im Klubhause, Hauptstraße 6/6, die Verichterhaltung der Delegierten vom Mainzer Parteitag sowie der Delegierten von der Mainzer Frauenkonferenz. Um zahlreiches Erscheinen erjucht Die Vertrauenspersonen.

Lokales.

Der gestrige Wohnungsuzug hat einen Umfang angenommen wie wohl noch keiner vorher. Von sachkundiger Seite ist berechnet worden, daß diesmal jede fünfte Familie die Wohnung gewechselt hat. Wie viele arme obdachlos geblieben sind, steht noch nicht fest, doch dürften die Nachrichten aus dem Asyl bald näheres darüber bringen. Tage, wie der gestrige, haben eine eigentümliche Wirkung. Sie geben auch solchen Leuten, die sonst die herrschende aller Aufgaben in der Verteidigung der göttlichen Weltordnung erblicken, einen dunkeln Schimmer davon, daß hinter dem präyigen Stuhl der Wirklichkeiten ein Uebel verborgen liegt, so grauenhaft, wie die Welt wahrheitsgemäß bisher noch keines gesehen.

Am Unglückstage kommt der armfeligste Haudegen aus Licht, mit dem die Hungertanksende, deren Wohnung einzig aus Stube und Küche besteht, sich behelfen, da werden die bleichen, abgegrachten Gestalten, die jahraus jahrein im zweiten oder dritten Quergebäude sehen sich zu finden gewohnt sind, auf die Straße getrieben. Im Hinblick solches ungewohnten Jammers ist es erklärlich, wenn selbst ein Platt, wie die „Germania“ wider den Stachel zu läden magt:

Wenn man dieses arme Leute-Wissen beobachtet, welche Bilder von Wohnungsbeden steigen da auf! Kann man sich jene bleichen, zusammengefallenen Menschen, diese abgegrachten schamhügeligen Wesenstände in einer hellen, freundlichen Wohnung vorstellen? Wer will Richter sein, wenn die Männer, die in solcher Umgebung bei länglichem Verdienst und bei schlechtesten Ernährung leben müssen, zur Flasche greifen, um sich und ihr Elend zu betäuben? Und wer will jene Kinder, die in diesen Verhältnissen aufwachsen, verurteilen, wenn sie später dem Laster und dem Verbrechen anheim fallen?

Eine so verständige Beurteilung der Ursachen von Laster und Verbrechen klingt besonders erfreulich bei einem Platt, das bisher vor allem die Religionslosigkeit für der Leute Verderben verantwortlich machte und das Peter und Morbio schrieb, wenn Arbeiter im Kampf um eine geringe Verbesserung ihrer Lage einen Streikbrecher, der ihnen in den Rücken gefallen war, auf den Fuß traten. Zum Glück ist nicht alle Tage Wohnungsuzug, und so kann denn auch die Entzignung der fromm eifersüchtigen „Germania“ als vorübergehende Erscheinung bei allen Interessenten der göttlichen Weltordnung wohl auf milde Beurteilung rechnen.

In der gestern stattgefundenen Sitzung der städtischen Gasdeputation wurde eine neue Gasglühlampe vorgeschlagen, welche insbesondere für Straßenbeleuchtungszwecke infolge der erhöhten Helligkeit Vorteile bringen soll. Die Deputation hat beschlossen, nach Genehmigung eine Probeprüfung für Beleuchtung mit dieser Lampe einzurichten und zwar in der Friedrichstraße von der Leipziger bis zur Landenstraße. Ferner wurde beschlossen, eine elektrische Gesamtbeleuchtung der Leipzigerstraße von der Vertrauensstraße bis

in die Potsdamerstraße hinein an der Linkestraße herzustellen. Die Gesamtanlage-Kosten werden rund 75 000 M. betragen, die jährlichen Betriebskosten 32 000 M.

Das Radfahren wird weiblichen Personen besonders von ärztlicher Seite vielfach warm empfohlen und unteigbar ist dieser Sport nicht allein der Gesundheit, sondern auch der Bewegungskfreiheit vieler Frauen überaus förderlich gewesen. Es braucht ferner nur darauf hingewiesen zu werden, daß das, was allgemein Reform der Frauenkleidung genannt wird, durch das Radfahren einen starken Anstoß erhalten hat.

Kaiser Wilhelm II. scheint nicht für das Radfahren der Frauen eingenommen zu sein. Wenigstens berichtet das „Verl. Tagebl.“ nach den Mitteilungen ostpreussischer Blätter:

„In dem Festzuge, der am 22. v. M. aus Anlaß der Anwesenheit des Kaisers bei der Enthüllung des Denkmals der Königin Luise in Litzki veranstaltet wurde, befanden sich auch Radler und Radlerinnen. Als letztere vor dem Kaiser vorüber kamen, wandte er sich an die neben ihm stehenden Ehrenjungfrauen, die ihm kurz zuvor ein Gedicht recitiert und einen Strauß überreicht hatten, mit den Worten: „Ich bitte Sie, meine Damen, steigen Sie nicht aufs Rad!“

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung der Magistratsvorlage betreffend die anderweitige Veranlagung der Aluminiabrid auf dem städtischen Viehhof hat unter Vorsitz des Stadtverordneten Heilmann einstimmig beschlossen, den Antrag des Magistrats wegen anderweitiger Verpachtung der Fabrik pure zu genehmigen.

Eine neue Polizeiverordnung, betreffend den Transport von Kleinfisch in Fuhrwerken, Walden u. s. w. ist für den Stadtkreis Berlin am 1. Oktober in Kraft getreten. Danach müssen auf einzelne Fleischstücke, wenn sie in Fuhrwerken jeglicher Art, einschließlich Handwagen und Karren, oder in Mulden, Körben oder ähnlichen Gegenständen transportiert werden, derartig rings umschlossen oder verdeckt sein, daß sie dem Publikum von außen her vollständig entzogen sind.

Der kostspielige Dienst bei der Garde. Aus Lüneburg wird der „Voll. Jtg.“ geschrieben: Ein Bauernsohn aus der Lüneburger Heide hatte sich zur Einstellung bei der Garde gemeldet. Nach einigen Tagen erhielt er Antwort. „Gadder, launst Du mi, wenn ich mit der Garde kame, woll noch hundert Daler mehr mitgeben, denn das Gewehr mit id mi schickst löpen.“ „Wies den Dreef mal her, Junge.“ sagte der Vater, setzte seine Brille auf, las ab und sagte dann: „Ja, es ist richtig, da seit er, dat mag aber bi de Garde woll nich anners gahn.“ Die Behörde hatte in dem Brief zum Schluß geschrieben: „Gewähr für Einstellung kann nicht geleistet werden.“

Der Zeitungverkauf nach 9 Uhr abends ist gestattet. Wie die „Berliner Korrespondenz“ mitteilt, haben die Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe die Regierungspräsidenten angewiesen, den Ortspolizeibehörden mitzuteilen, daß durch das Inkrafttreten der Novelle zur Gewerbe-Ordnung das Feilbieten von Zeitungen und andern Lesestoff auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen usw. an den Wochentagen nicht verbotlich wird. Das Feilbieten kann vielmehr in dieser üblichen Umfang nach wie vor gestattet werden. Danach ist anscheinend auch der Verkauf von Proschüren, Flugblättern u. s. w. vor Versammlungslokalen wie bisher nach 9 Uhr gestattet.

Die Berliner Markthallen einschließlich der Centralhalle am Alexanderplatz sind während der Wintermonate (1. Oktober bis 31. März) erst von morgens 7 Uhr ab für das Publikum geöffnet.

Raubmörder Gönzli. Gestern wurde dem Raubmörder Gönzli der Beschluß des Strafenamts des Kammergerichts vom 24. September mitgeteilt, wodurch die von dem Verteidiger in dem zweiten Wiederanhahmeverfahren eingelegte Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen wird. Frau Gönzli befindet sich immer noch im hiesigen St. Hedwigs-Krankenhaus.

Eine verheerende Explosion, die einen großen Schaden anrichtete und eine größere Anzahl von Personen verletzte, setzte Sonntagabend den Norden Berlins in große Aufregung. Die landwirtschaftliche Hochschule, Invalidenstr. 42, war der Herd der Explosion, deren Wirkung sich auf den ganzen großen Bau und seine Nachbarschaft erstreckte. Wohl hundert große Fensterscheiben sind demoliert, die schöne Glashalle, die den Ausstellungsraum überdeckt, ist ihres Glasdaches beraubt, Kellergewölbe stürzten ein und sämtliche Räume des Kellergeschosses wurden ausgedöhrt. Auch haben verschiedene Personen erhebliche oder leichte Verletzungen davongetragen. Ueber die Katastrophe haben wir folgendes ermittel:

Das Kellergeschoss dient fünf Familien zur Wohnung, während die übrigen Kellerräume zu Werkstätten eingerichtet sind. An der Ostfront wohnt der Kunstschlosser und erste Maschinenmeister Kullig, über dessen Wohnung sich die mit allerhand landwirtschaftlichen Gegenständen angefüllte Ausstellungshalle hinzieht. An dieser Front hatte die Explosion ihren Ausgangspunkt, hier ist auch die Veranlassung am größten. Schon im Lauf des Tages hatte sich im Gebäude ein harter Gasgeruch bemerkbar gemacht, ohne daß es gelingen wäre, die schadhafte Stelle der Gasleitung aufzufinden. Gegen 7 Uhr, als schon sämtliche Gasflammen brannten, erfolgte plötzlich eine Detonation, die die Häuser der Umgebung erzittern machte. Die vorübergehenden zahlreichen Spaziergänger wurden mit einem Hagel von Glascherben überschüttet und vielfach verletzt, während gleichzeitig aus sämtlichen Kellerefenstern der vier Fronten Flammen hervorsprangen. Während von verschiedenen Seiten die Feuerwehre herbeigeeilt wurde, drangen einige bederkzte Männer durch die Eingänge vor, um etwa bedrängte Personen zu retten. Die dort wohnenden Familien hatten aber meistens die Abendstunde zu einer Promenade auf dem anliegenden freien Plage benützt, so daß die Wohnungen ziemlich leer waren. Der Pförtner Schulz betrat im Augenblick der Katastrophe mit seiner Frau die Wohnstube. Beide wurden durch den heftigen Luftdruck zur Seite geschleudert, wobei sich Frau Schulz neben sonstigen Verletzungen auch einen Knochenbruch am Fuße zuzog. Die Stubentür flog nach der Wand, ohne jedoch die beiden Personen zu treffen. Eine wahre Todesangst hatte der 18-jährige Sohn des Maschinenmeisters Kullig zu bestehen. Er befand sich neben seiner Wohnung im Korridor, als mit der Explosion zugleich ein Erlöschen sämtlicher Gasflammen erfolgte und rings um ihn herum Trümmer vom ersten Stock herabstürzten. Unter gewaltigem Poltern war die über der Wohnung befindliche Decke unter der Last einer Maschine von 500 Pferdekraften geborsten, so daß die Maschine herabfiel. Eine in der Nähe aufgelegte Gasmaschine explodierte ebenfalls und verletzte den Kullig am Kopf. Augstvoll erte dieser umher und kletterte über Zimmer, ohne im Dunkeln einen Ausgang zu finden. Seine Hilferufe verhallten ungehört, und schon waren die ersten Löszüge eingetroffen, bevor es ihm gelang, das Freie zu gewinnen. Der zweite Maschinenführer Schurbaum und sein Sohn erlitten ebenfalls Verletzungen, so daß sie sich in ärztliche Pflege begeben mußten. Die Frau des Kellereigenen Wespemann verfiel infolge des Schrecks in einen schweren Starckrampp, aus dem sie unter den Händen mehrerer Ärzte erst nach mehreren Stunden wieder erwachte. Am Feuerwehmann der 4. Compagnie zog sich an Glasplittern starke Schnittwunden zu. Die Zahl der durch Glassplitter verletzten Straßenpassanten ist noch nicht ermittelt.

Die zerstörende Wirkung der Explosion erstreckte sich, wie schon angedeutet, hauptsächlich auf sämtliche Räume des Kellergeschosses. Sowohl in den Wohnungen wie auch in den Werkstätten wurden die einzelnen Gegenstände chaotisch durcheinander geworfen. Die

Offseite ist am meisten. Hier ist nicht nur ein Teil der Decke zum ...

Während der Tanzstunde vom Tode erlöst wurde am ...

Ein schwerer Baumfall, bei dem ein Arbeiter seinen Tod ...

Die Erholungsstätte vom Roten Kreuz in der Jungfernhöhe ...

Aus den Nachbarorten. Die Ungültigkeitserklärung von sieben Stadtverordneten ...

Nicht verfehlt. Der Selbstmordversuch eines sechzehn ...

Entdeckte Millionendiebstahl. Wegen Teilnahme an dem Ein ...

Im völlig unbefriedigten Zustande lief Sonntagvormittag in ...

Im Grunewald erhängt hat sich Sonntagvormittag der ...

Während des Umzugs erhängt hat sich der 42 Jahre alte ...

In der Badewanne erhängt hat sich am Sonntagnachmittag ...

Strafensperren. Der Kreuzdamm der Alten und Neuen ...

Druckfehlerberichtigung. Zu unserem Artikel über die Land ...

Die nächste Feldbriefpost nach China geht von Berlin am ...

Die Winterfession im Zoologischen Garten hat mit dem gestrigen ...

Das Radrennen in Friedenau, mit dem am Sonntag die ...

bracht. Köcher und Dientmann kamen mit leichteren Quetschungen ...

Folgende Zahlen geben ein Bild über den Verlauf der einzelnen ...

Die Erholungsstätte vom Roten Kreuz in der Jungfernhöhe ...

Aus den Nachbarorten.

Die Ungültigkeitserklärung von sieben Stadtverordneten ...

Ein Raubmordversuch wird aus Potsdam gemeldet. Der ...

Vermishtes.

Raphtha-Brand. In Sabunisch bei Baku brach am 28. Sep ...

Wolkenbrüche in Oberitalien. In der Nacht zum Sonntag ...

Arbeiter-Turnerbund Berlins und der Umgegend. Änderungen ...

Berliner Konsum-Genossenschaften: Konsum-Berein Berlin ...

Arbeiter-Turnerbund Berlins und der Umgegend. Änderungen ...

Central-Turnerbund. Inoffiziellen an Max Koch, Berlin ...

Gesang, Turn- und gefellige Vereine. Dienstag: Gesangverein ...

Arbeiter-Turnerbund. Dienstag: Turn-Abt., Berlin, abds ...

Table with 4 columns: Item, Price, Item, Price. Lists various goods and their costs.

Produktenmarkt vom 1. Oktober. Der Getreidemarkt befandete ...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag ...